Freitag, 15. Januar 1932
Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 12

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Wöchentl. 52 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2.10 Mk. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die neungespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- u. Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluß in der Hauptexpedition um 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postscheckkonto: Breslau Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorderhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialexpedition: Görlitz, Lunitz 6, Fernsprecher 2384. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. — Gerichtsstand: Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Neue Streikkämpfe um Lohn und Brot

101 siegreiche Streiks der RGO. gegen Lohnabbau

Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Belegschaft des Stahl- und Walzwerkes Henningsdorf, in Stärke von 600 Arbeitern, trat gestern gegen den von der Direktion angekündigten Lohnabbau in den Streik. Vor Streikausbruch wurde der Kampf in geheimer Abstimmung in 2 Belegschaftsversammlungen einstimmig beschlossen, wenn die Direktion den Lohnabbau nicht zurücknimmt. Da die Verhandlungen mit der Werksleitung scheiterten, wurde der Streikbeschluß in die Tat umgesetzt. 50 Arbeiter an der Blockwalzenstraße betätigen sich einstweilen noch als Streikbrecher. Aber die streikenden Arbeiter sind davon überzeugt, daß auch diese Kollegen sehr rasch das Sträfliche ihres Handelns einsehen und sich in die Streikfront einreihen werden.

Stuttgart, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Belegschaft der Daimlerwerke Möhringen trat gestern in den Streik gegen den Lohnabbau.

Solingen, 15. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Belegschaft der Papierfabrik hat gestern den Beschluß gefaßt, gegen den notverordneten Lohnabbau in den Streik zu treten. Die Früh- und Mittagsschichten haben bereits geschlossen den Betrieb verlassen. Die Polizei hat mit einem großen Aufgebot alle Zugangsstraßen zu der Papierfabrik besetzt.

Streik in der Mainzer Chemieindustrie

In der Mainzer Schellack-Bleiche, die einem amerikanischen Großkonzern angeschlossen ist, trat die Belegschaft am 12. Januar in den Streik. Die Werksleitung hatte bekannt gemacht, daß noch in dieser Woche ein fünfzehnprozentiger Lohnabbau in Kraft treten würde. Die Belegschaft nahm sofort Stellung. Ein Kampfausschuß aus freigewerkschaftlichen, RGO.- und unorganisierten Kollegen wurde gewählt. Es wurden folgende Forderungen aufgestellt: 1. Keinen Pfennig Lohnabzug. 2. Keine Entlassungen mehr, Einstellung der Überstundenarbeit und Kürzung der Arbeitszeit auf vierzig Stunden mit vollem Lohnausgleich. 3. Gewährung einer Raum-, Schmutz- und Hitzezulage in Höhe von 15 Prozent. 4. Eine Fachzulage für bestimmte Arbeiten von 25 Prozent. 5. Eine Zulage für Ausladen von Waggons in Höhe von 50 Prozent. 6. Unentgeltliche Lieferung eines blauen Anzuges sowie Handtuch und Seife. 7. Gewährung einer Waschpause von 10 Minuten bis 15 Minuten. 8. Bezahlung des vollen Lohnes an Kriegsbeschädigte. — Diese Forderungen wurden der Betriebsleitung am 11. Januar früh überreicht. Als der Chef die Annahme der Forderungen ablehnte, traten die Kollegen in passive Resistenz. Nunmehr erklärte sich die Werksleitung bereit, den Lohnabbau auf 10 Prozent herabzusetzen. Die Belegschaft beschloß darauf den Streik, verließ den Betrieb und wählte eine Streikleitung von 21 Mitgliedern.

Der Streik wird trotzdem weitergeführt

Düsseldorf, 15. Januar. (Eig. Drahtber.) Die 300 Mann starke Belegschaft des Betriebes Birken und Röhr, Hohenlimburg, hat trotz Verbindlichkeitserklärung des Lohnabbauschiedsspruches beschlossen, den Streik weiterzuführen. Der Aufforderung der reformistischen Bürokraten, die Arbeit wieder aufzunehmen, leistete die Belegschaft keine Folge.

*

Die neue Streikwelle widerspiegelt nicht nur den wachsenden Kampfeswillen der deutschen Arbeiterklasse, sondern auch die Tatsache, daß nur die RGO. die revolutionäre Kraft zur Organisierung und Führung von Kämpfen um Lohn und Brot ist. Die RGO. hat von Anfang November vorigen Jahres bis 9. Januar dieses Jahres 101 siegreiche Streiks gegen Lohnabbau geführt. Sie hat damit den Beweis erbracht, daß sie einzig und allein die organisierende und führende Kraft in den Wirtschaftskämpfen ist. Das muß die Arbeiter, die heute noch nicht in den Reihen der RGO. stehen, veranlassen, sich der RGO. anzuschließen. Je stärker und machtvoller die RGO. auftritt, desto mehr siegreiche Kämpfe gegen die Kapitalistenklasse.

RGO.-Sieg im DMV. Freiburg

Freiburg (Schles.). In der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurde die alte oppositionelle Ortsverwaltung mit großer Mehrheit wiedergewählt. Der Genosse Assert gab nicht nur einen Tätigkeitsbericht, sondern ging auf die politische und wirtschaftliche Lage und auf die arbeiterfeindliche Politik der Gewerkschaftsbürokratie ein. Er zeigte den Kollegen die schändliche Rolle der DMV.-Bürokraten auf. Die Gewerkschaftsführer des DMV. sind mitverantwortlich an der vierten Notverordnung und somit an dem ungeheuerlichen Lohnraub.

Es wurde eine Protest-Entschließung gegen die Notverordnungspolitik und den Lohnraub und gegen die Tolerierungspolitik der Brandes und Co. angenommen. In der Entschließung werden die Kollegen begrüßt, die gegen den Lohnraub in den Streik getreten sind. Die Kollegen treten ein für die Schaffung der kämpfenden Einheitsfront gegen Faschismus und weitere Verelendung, für den Kampf um ein sozialistisches Deutschland.

Die oppositionelle Ortsverwaltung, die durch ihre Wiederwahl das Vertrauen der Kollegenschaft besitzt, muß aktiv an der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront mithelfen. Die oppositionelle Ortsverwaltung darf im Kampfe gegen die Bürokratie nicht zurückschrecken. Nur dadurch werden wir den letzten ehrlichen Kollegen für die kämpfende Einheitsfront gewinnen. Die revolutionäre Arbeit unserer Freiburger Genossen im Deutschen Metallarbeiterverband muß mit ein Hebel zur Gewinnung der Mitglieder der anderen Gewerkschaften für die RGO. werden.

Die Genossen in allen anderen Verbänden müssen die ihnen zu den Ortsverwaltungswahlen gestellten Aufgaben gewissenhaft durchführen. Wir müssen neue Positionen in den Gewerkschaften gewinnen. Geht das ist nur möglich, wenn unsere Fraktionsarbeit verstärkt wird.

Das ist Rosenfeld!

Tatsachen: Er stimmte für das Verbot des RFB. und die reaktionärsten Knebelungsgesetze

Rosenfeld, der Vorsitzende der neuen Wels-Filiale, treibt eine niederträchtige Hetze gegen die Sowjetunion und die KPD. Dabei will er gleichzeitig mit radikalen Redensarten die Arbeiter über seine konterrevolutionäre Gesinnung täuschen. Dabei hat dieser Rosenfeld für die faschistischen Gesetze gestimmt, mit denen die Arbeiterschaft unterdrückt wird.

Am 17. Mai 1927 erfolgte die Schlußabstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Diese Abstimmung war namentlich. Wie die Abstimmungsliste (316. Sitzung) ausweist, stimmte Dr. Rosenfeld ausdrücklich mit „Ja" und somit für das Republikschutzgesetz.

Am 28. Juni 1929 erfolgte erneut eine Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes zur erneuten Verlängerung des Gesetzes zum Schutze der Republik. Auch diese Abstimmung (97. Sitzung) war eine Schlußabstimmung. Sie erfolgte namentlich. Die Abstimmungsliste erweist, daß Dr. Rosenfeld auch diesmal mit „Ja" und damit zum wiederholten Male für die Verlängerung des Republikschutzgesetzes gestimmt hat.

Mitte März 1930 erfolgte im Reichstag die namentliche Abstimmung über das von Severing verschärfte Republikschutzgesetz, das sowohl erhöhte Strafen wie aber auch als neuen Punkt die Bestrafung wegen Verherrlichung staatsfeindlicher politischer Taten vorsah. Auch diese Abstimmung war namentlich. Hierbei verhielt sich Rosenfeld in einer Weise, die charakteristisch für ihn ist. Obgleich er im Reichstag anwesend war, stimmte er weder mit „Ja" noch mit „Nein", sondern drückte sich einfach von der Abstimmung. Diese feige Haltung Rosenfelds erregte sogar den Widerwillen seines eigenen Freundes Seydewitz. Seydewitz jedenfalls machte aus seinem politischen Herzen keine Mördergrube und stimmte gleichfalls bei der Abstimmung über das verschärfte Republikschutzgesetz mit „Ja".

Am 28. September und 4. Dezember 1929 erfolgte im Reichstag die Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes. In diesen beiden Sitzungen stimmte Rosenfeld jedesmal geschlossen in der Einheitsfront bis zu Göbbels für die Beibehaltung des Verbots des Roten Frontkämpferbundes.

Das ist das wahre Gesicht dieses Rosenfeld, der jetzt mit radikalen Phrasen die Arbeiter vom Linksabmarsch und vom konkreten täglichen Kampf gegen den Kapitalismus abhalten will.

Diesem Rosenfeld muß überall die Maske vom Gesicht gerissen werden.

Zum Todestag von Karl und Rosa

Die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ist eines der scheußlichsten Verbrechen, das die sozialdemokratischen Führer im Dienste der Bourgeoisie an der Arbeiterklasse begangen haben. Keinerlei Versuche der Wels, Stampfer usw. können diese Blutschuld abwaschen. Die Schüsse der weißgardistischen Banden, die Karl und Rosa niederstreckten, waren **von den sozialdemokratischen Führern gegen die proletarische Revolution gerichtet.** Die Pabst, Pflugk-Harttung und Runge, die Mörder Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts **handelten im Auftrage der Konterrevolution,** an deren Spitze die SPD.-Führer standen. Mit den Führern des revolutionären Proletariats sollte zugleich die proletarische Revolution in ihrem Blute erstickt werden.

Vier Jahre lang haben die SPD.-Führer die Arbeiter in die Schützengräben des imperialistischen Krieges getrieben, hatten „Durchhalten" gepredigt, unter der verlogenen Phrase der „Vaterlandsverteidigung" ein festes Bündnis mit der deutschen Bourgeoisie geschlossen. Ebert hatte im Interesse der Fortführung des imperialistischen Krieges sich im Januar 1918 „an die Spitze" des politischen Massenstreiks der Berliner Munitionsarbeiter gestellt, „um die Bewegung abzubiegen", um den Streik „in geordnete Bahnen zu lenken" Aber die größten Anstrengungen der SPD.-Führer und der Führer der reformistischen Gewerkschafter konnten die Niederlage der deutschen Bourgeoisie, den Zusammenbruch des deutschen Imperialismus nicht verhindern. Das Proletariat in den Fabriken, auf den Schiffen, in den Schützengräben stand auf und entfaltete die rote Fahne der Revolution, schickte sich an, die kapitalistische Gesellschaft der Ausbeutung und Unterdrückung über den Haufen zu werfen, den imperialistischen Krieg durch die Verwandlung in den Bürgerkrieg zu liquidieren, machte nach vierjährigem „Burgfrieden", der in Wahrheit brutalste Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Militärdiktatur war, die heroischen Anstrengungen, sich auf die Höhe der ihm von der Geschichte gestellten Aufgaben zu erheben. In jener historischen Stunde war es die Sozialdemokratische Partei, die die Konterrevolution organisierte, die im Namen der kapitalistischen „Ruhe und Ordnung" die weißgardistischen Formationen auf das Proletariat hetzte, den Arbeiter- und Soldatenräten die Macht aus den Händen riß, sie zu parlamentarischen Schwatzbuden und zu Handlangern der Konterrevolution erniedrigte, und dort, wo ihr [illegible] nicht gelang und Panzerwagen auftrumpfte.

Aber diese **konterrevolutionäre Rolle der Sozialdemokratischen Partei** und ihrer Führer wurde bald von den Massen erkannt. Die Arbeiter sahen, daß trotz der Versprechungen auf Sozialisierung, trotz der Plakate: „Die Sozialisierung marschiert!" die kapitalistischen Ausbeuter noch die Herren der Fabriken, des Grund und Bodens waren, daß sie ihre gesellschaftliche Rolle, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken, jetzt mit Hilfe der Sozialdemokratischen Partei weiter spielen konnten. Die Arbeiter griffen zu der **Waffe des Streiks, um sich die Besserung ihrer Lage zu erkämpfen.**

Eine ansteigende Welle der ökonomischen und politischen Streiks der Arbeiter unter der Führung der Kommunistischen Partei, an deren Spitze Karl und Rosa standen. Auf der anderen Seite die Bourgeoisie, die der Sozialdemokratischen Partei die Aufgabe übertragen hatte, die militärischen Kräfte der Konterrevolution gegen die proletarische Revolution zu organisieren — das war die Lage im Dezember-Januar 1918/19

Unter der Führung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts begann in jenen Tagen der Spartakusbund einen großen Fehler zu liquidieren, den er in der ganzen Kriegszeit nicht überwunden hatte: Er ging jetzt an **die Schaffung einer Kommunistischen Partei** nicht nur als politische Richtung in der Arbeiterbewegung, sondern als eine **selbständige** politische **Partei,** als die politische Organisation der am weitesten fortgeschrittensten, aufgeklärtesten Arbeiter. Das bisherige Nichterkennen des Opportunismus und des Zentrismus als Richtung in der Arbeiterbewegung, der nicht entschiedene Kampf gegen den Zentrismus (USP), das Fehlen einer selbständigen Organisation der Revolutionäre während des imperialistischen Krieges in Deutschland (Fehler, die Lenin 1916 in seiner Kritik an der Juniusbroschüre rücksichtslos aufdeckte), dies und die Theorie über die Spontaneität der Massen (wonach die Massen in jedem Augenblick von selbst richtig handeln), führte dazu, daß **die Arbeitermassen in entscheidenden Augenblicken ohne revolutionäre Führung waren,** daß die opportunistischen, verräterischen, unabhängigen SPD.-Führer und die Wels, Stampfer und Co. sich der Führung der Massen bemächtigen und **die revolutionäre Bewegung ab-**

drosseln konnten. Wenige Wochen des revolutionären Kampfes hatten genügt, damit die revolutionären Arbeiter unter Führung Karls und Rosas diese Fehler erkannten und den Versuch unternahmen, sie zu liquidieren.

Die Sozialdemokratie war sich unter Führung der Ebert, Scheidemann, Noske, durchaus der Gefahr bewußt, welche der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft drohte, wenn es dem Proletariat gelang, im Sturmtempo der Revolution eine kommunistische Massenpartei zu schaffen. Darum die wahnsinnige Blutbetze der sozialdemokratischen Führer und der sozialdemokratischen Presse gegen Karl und Rosa, deshalb die unverhüllte Aufforderung zur Ermordung Karls und Rosas durch Zickler im „Vorwärts":

„Viel hundert Tote in einer Reih',
Karl, Radek, Rosa und Kumpanei,
Es ist keiner dabei."

Die sozialdemokratischen Führer arbeiteten fieberhaft an der Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung. Angriff auf Angriff erfolgte auf die Positionen, die sich die Arbeiterklasse in den ersten Revolutionstagen geschaffen hatte: die Kämpfe in der Weihnachtswoche in Berlin, der Angriff auf die Volksmarinedivision und schließlich die Absetzung des Unabhängigen Sozialdemokraten Eichhorn als Polizeipräsidenten von Berlin, mit dem Ziel, die aus revolutionären Arbeitern gebildete Berliner Sicherheitswehr zu beseitigen. Diese Angriffe weckten aber den Widerstand der Arbeitermassen, führten zur weiteren Diskreditierung der sozialdemokratischen Führer, brachten „in gewaltigem Maße den Augenblick näher, wo die Revolution bis ans Ende gehen wird — in der Anwendung der Angriffsmittel" (Lenin). So in den Januartagen 1919. Die Angriffe der von der Sozialdemokratie geführten Konterrevolution wurden von den Berliner Arbeitern mit der Losung des Generalstreiks und bewaffneter Demonstrationen, mit der Losung beantwortet: Sturz der Regierung Ebert! Am 6. Januar 1919 begann der Generalstreik. 200 000 Arbeiter demonstrierten mit Geschützen und Maschinengewehren bewaffnet in den Straßen Berlins. Die Sozialdemokratische Partei rief zur Gegendemonstration auf. 5000 Konterrevolutionäre sammelten sich vor dem Schloß unter den Fahnen der Sozialdemokratischen Partei. Die gewaltige Mehrheit der Berliner Arbeiter stand auf seiten der Revolution. Im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland, in Oberschlesien, überall begannen die Arbeiter zu kämpfen, begann der Sozialisierungsschwindel der SPD. zu zerstieben. Aber in dieser Situation zeigte es sich, daß ohne eine klare revolutionäre Führung, ohne eine revolutionäre Massenpartei die Arbeiterklasse nicht siegen kann. Die Unabhängigen Sozialdemokraten wie Rosenfeld, Dittmann, Müller und Ledebour hatten noch einen großen Einfluß auf die Bewegung. Anstatt zu kämpfen, anstatt die Losung Sturz der Regierung, die sie ausgegeben hatten, in die Tat umzusetzen, gingen sie zu den Ebert, Scheidemann, Noske und verhandelt mit ihnen. Sie ließen die streikenden demonstrierenden Arbeiter auf der Straße ohne Losungen und Anweisungen zum Kampfe. Sie, die sich auf die Mehrheit der Berliner Arbeiter stützen konnten, sofern sie zum revolutionären Handeln bereit waren, ließen sich von Ebert, Scheidemann, Noske, die in jenen Tagen militärisch schwach waren, die sich nur auf einige weißgardistische Kader stützen konnten, die Bedingungen zum Abbruch des Kampfes der Arbeiter diktieren und sie erfüllten getreulich diese Bedingungen. Der Generalstreik der Berliner Arbeiter wurde am 13. Januar abgebrochen. Die Noske, Ebert, Scheidemann, die Bourgeoisie hatte gesiegt. Die Berliner Arbeiter waren nicht im Kampfe geschlagen. Gesiegt hatte die Bourgeoisie mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer und der erbärmlichen feigen Opportunisten in den Reihen der Arbeiterklasse. Dieser Sieg wurde von der Bourgeoisie ausgenutzt. Jetzt galt es für sie, mit aller Kraft den Stoß gegen die Kommunistische Partei, die trotz aller Halbheiten und Schwächen die revolutionäre Partei in der Arbeiterklasse war, zu richten. Karl, Rosa wurden am 15. Januar ermordet, die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse wurde geschlagen.

Die Rolle der sozialdemokratischen Führer ist die gleiche geblieben bis auf den heutigen Tag. Ihre Politik ist die Politik der Niederlagen für die Arbeiterklasse, die Erhaltung und Rettung des bankrotten kapitalistischen Systems. Gerade in der gegenwärtigen kapitalistischen Krise bieten die sozialdemokratischen Führer alles auf, um die Offensive der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse wirkungsvoll zu machen. In den 17 Jahren seit 1914 haben sich die sozialdemokratischen Führer zum gemäßigten Flügel des Faschismus und die Sozialdemokratische Partei zu einer Organisation für die faschistische Diktatur des Großkapitals entwickelt. Sie haben keinen Augenblick in der Vertretung der Interessen der Kapitalistenklasse geschwankt. Die USP., die eine objektiv konterrevolutionäre Rolle spielte, ist liquidiert worden, durch die Kommunistische Partei, die Karl und Rosa gegründet haben. Die Kommunistische Partei wird auch den Masseneinfluß der Sozialdemokratischen Partei und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie liquidieren, sie wird damit den Weg freimachen zum Sieg der Arbeiterklasse, sie wird das Werk vollenden, dem das Leben und der Kampf Karl und Rosas gegolten haben.

Riesenkundgebung im Sportpalast

13 Jahre Kommunistische Partei

Berlin, 15. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die gestrige KPD.-Kundgebung im Sportpalast gestaltete sich nicht nur in dem riesigen Saalbau, der zum Bersten gefüllt war, sonden auch draußen auf der Straße, wo Tausende und aber Tausende mehr als eine Stunde zurückströmen mußten, zu einer grandiosen Kundgebung des roten Berlin für seine Kommunistische Partei. Schon eine halbe Stunde vor Beginn wurde der Riesensaal wegen Ueberfüllung geschlossen. 15 000 Menschen, die keinen Zutritt mehr fanden, mußten von 19 bis 20 Uhr wieder umkehren. Aber auch das Zurückfluten dieser gewaltigen Massen wurde zu einer Demonstration der Werbekraft des Kommunismus. Wie die mitreißende Kundgebung im Saal, so bekundete sie 13 Jahre roter Vormarsch, 13 Jahre Kommunistische Partei, das heißt, die Kommunistische Partei ist die Führerin der roten Einheitsfront.

Gebt für die Winterhilfe der politischen Gefangenen!

Vertieft das Studium des Leninismus zur Vermeidung von Fehlern!

Genosse Postyschew auf der Parteikonferenz des Moskauer Bezirks „Krasnj Presnj"

Genosse Postyschew, der Sekretär des Zentralkomitees der KPSU. hielt auf der Parteikonferenz des Moskauer Bezirks Krasnaja Presnja eine mit stürmischem Beifall aufgenommene Rede, in welcher er die Bedeutung des Briefes des Genossen Stalin eingehend behandelte.

Genosse Postyschew führte aus: Der Brief des Genossen Stalin hat deshalb eine gewaltige Bedeutung, weil er die Parteiorganisationen zwingt der Frage der Erziehung unserer Mitglieder viel mehr Beachtung zu schenken als bisher. Er verpflichtet uns alle zum tieferen Studium des Leninismus. Der Brief des Genossen Stalin fordert von uns größte Wachsamkeit in der Durchführung der Generallinie.

Aber nicht alle Parteiorganisationen lösten diese Aufgabe richtig. Der Brief des Genossen Stalin wies auf die Fehler einer Reihe Genossen hin; er wies darauf hin, daß an einigen Punkten mangelnde Wachsamkeit und außerordentliche Vertrauensseligkeit unseren Gegnern die Möglichkeit gibt, die Geschichte unserer Partei zu fälschen und unter verschiedener Flagge feindliche, antileninistische Ideen und Theorien in die Partei einzuschmuggeln. Des öfteren verwandeln einzelne Parteizellen den ideellen Kampf in einfache administrative Maßnahmen, anstatt die Fragen auf ein hohes ideelles Niveau zu heben.

Ich will diese Seite der Frage unterstreichen. Einige Genossen haben begonnen, wahllos aus der Partei auszuschließen. Anstatt demjenigen, der Fehler begangen hat, zu helfen, seine Fehler kameradschaftlich zu korrigieren, bearbeiteten sie ihn so, daß er vollständig zerschlagen wurde oder zumindest mit gebrochenen Flügeln auf der Strecke blieb. Das ist falsch.

Genosse Stalin schrieb seinen Brief, um zu warnen, uns darauf aufmerksam zu machen, daß auf unserer ideologischen Front eine ungenügende Wachsamkeit, eine außerordentliche Vertrauensseligkeit und ein fauler Liberalismus vorhanden sind und wir den Leninismus besser studieren müssen. Er richtete sich besonders an das Parteiaktiv, damit unsere Aktivisten den Leninismus und die Geschichte unserer Partei studieren, um alle Fehler einzelner Genossen sofort klar zu sehen, zu verbessern und um die Aeußerungen von Trotzkisten und anderen Schmugglern rechtzeitig bemerken zu können. Der Brief war aber keineswegs dazu bestimmt, daß ein tieferes Studium des Leninismus und die alltägliche intensive Schulungsarbeit unserer Parteizellen mit organisatorischen Maßnahmen vertauscht werden. Das ist ein Fehler jener Organisationen, die die Gedanken und die Bedeutung des Briefes des Genossen Stalin nicht richtig verstanden haben.

Man muß einzelne Fehler der Genossen von solchen Ansichten, die zu einem fehlerhaften System gehören, unterscheiden können. Natürlich gibt es verhüllte Trotzkisten in den Reihen unserer Partei. Aber es ist eine Sache, verhüllte Trotzkisten zu entlarven, die den Mangel an Wachsamkeit auf diesem oder jenem Frontabschnitt auszunützen versuchen und aus der Partei zu jagen, und eine andere Sache, den Fehler dieses oder jenes Genossen kameradschaftlich zu kritisieren, damit er ihn korrigieren kann. Man muß dem Genossen helfen, den Fehler zu korrigieren und dadurch andere Genossen warnen. Es ist falsch, solchen Genossen als Abweichler zu bezeichnen. Dadurch wird nichts geholfen.

Es gibt in den Zellen manchmal solche Genossen, die schlafen und schlafen. Dann wollen sie sich plötzlich zeigen, indem sie organisatorische Maßnahmen treffen. Einige Mitglieder aus der Partei hinauszujagen, ist sehr leicht. Solche Genosse sagen: Wir haben die Abweichler hinausgejagt, und jetzt können wir uns wieder schlafen legen, es gibt keine Feinde mehr. Eine solche Handlungsweise heißt, sich der Verantwortung entledigen.

Eine Kritik ist ohne Frage notwendig. Sie erfordert eine ständige bolschewistische Wachsamkeit. Die Trotzkisten, die sich in unserer Partei versteckt haben, müssen entlarvt und aus der Partei gejagt werden. Aber man muß diejenigen von den Trotzkisten unterscheiden, die lediglich einige Fehler machen. Man darf nicht alle Fehler über einen Kamm scheren.

Aus dem Brief des Genossen Stalin muß man eine solche Folgerung ziehen, daß wir mehr Zeit auf das Studium des Leninismus verwenden müssen und dadurch das ideelle theoretische Niveau unserer Genossen heben. Die marxistisch-leninistische Schulung unserer Partei stand immer hoch. Heute steht diese Aufgabe noch schärfer. Wir haben viele junge Mitglieder in der Partei. Jetzt muß man das Niveau der neuen Mitglieder heben, damit diese neuen Mitglieder noch aktiver werden, als vor ihrem Eintritt in die Partei.

Oder betrachtet den Komsomol. In einem Jahre wuchs er fast um das Doppelte, anstatt drei Millionen Anfang 1931 hat er jetzt rund sechs Millionen Mitglieder. Im Komsomol und besonders in seinem Aktiv ist die Frage der marxistisch-leninistischen Schulung gegenwärtig von besonders großer Bedeutung.

Wir müssen von den Fehlern einzelner Zellen, über welche ich im Zusammenhang mit dem Brief des Genossen Stalin sprach, lernen. Der Kampf gegen Abweichungen ist keine Sache des Händefuchtelns und des Achselzuckens. Man muß diese Frage auf eine bolschewistische Höhe heben. (Stürmischer Beifall.)

Sicherung der Partei gegen die Anschläge der Klassenfeinde!

Breslau. Die Bourgeoisie verschärft ihre Angriffe gegen die Arbeiterklasse, sie kämpft mit faschistischen Methoden um die Aufrechterhaltung des bankrotten kapitalistischen Systems; sie wütet insbesondere gegen die revolutionäre Vorhut und Führung der Arbeiterklasse, gegen die Kommunistische Partei. In der Bekämpfung der revolutionären Partei der Arbeiterklasse wendet die Bourgeoisie und ihre Bundesgenossen alle Mittel an, das Mittel der politischen Knebelung und des blutigen Terrors, der Lügenhetze und Zersetzung, der Provokation und Bespitzelung. Im Kampfe gegen die Kommunistische Partei finden sich in einer Front alle Feinde der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie und ihre Hilfstruppen, der bürgerliche Staatsapparat und alle Stützen der kapitalistischen Klassenherrschaft. **Alle Parteien von der SPD. bis zu den Nazis begeistern unsere Partei und betätigen sich als freiwillige Helfer der staatlichen Machtorgane. Die SAP. stellt sich mit ihrer verleumderischen Hetze, mit der sie die Partei und ihre Führung vor den Massen zu verunglimpfen und mißkreditieren versucht, an die Seite der Todfeinde des Proletariats.**

Da die Schläge der Bourgeoisie und ihrer Stützen immer mehr abprallen an dem Widerstand der Arbeiterklasse, an der wachsenden bolschewistischen Festigkeit der Partei, versuchen diese von innen heraus die Partei zu zersetzen. Die Agenten, die der Klassenfeind in die Partei hineinschickt, nutzen die geringsten Schwankungen bei Teilen der Mitgliedschaft, hervorgerufen durch den Druck und die Hetze der Bourgeoisie und der SPD., aus, um die einheitliche Stoßkraft der Partei zu schwächen. Insbesondere versucht der Klassenfeind, das Vertrauen zur Führung der Partei zu untergraben. In diesem Kampfe gegen die Parteiführung nützt die herrschende Klasse Stimmungen gegen die Parteiführung einzelner, schwacher und schwankender Parteimitglieder aus. Die schärfste Waffe, die unsere Partei und ihre bolschewistische Führung gegen die Bourgeoisie ins Feld führt, ist der revolutionäre Massenkampf, die revolutionäre Massenarbeit. Darin liegt eines der entscheidensten Mittel in der bolschewistischen Festigung der Partei und in der Erprobung jedes einzelnen Genossen.

Wer im Feuer des revolutionären Klassenkampfes und in der harten revolutionären Massenarbeit von der Partei gewonnen und erprobt wird, ist eine feste Stütze der Partei.

Damit wird gleichzeitig den klassen- und parteifeindlichen Elementen in der Partei der Boden entzogen. In einer Atmosphäre der revolutionären Massenarbeit können diese Elemente nicht gedeihen. Gleichzeitig muß die Partei einen ständigen Kampf führen gegen opportunistische und scheinradikale Tendenzen in der Partei, gegen Abweichungen von der revolutionären Klassenlinie, gegen Schwankungen und Gruppenbildungen. Die bolschewistische Einheitlichkeit und Festigkeit der Partei, die enge Verbundenheit der Parteimitglieder mit der Partei und ihrer Führung ist die zweite entscheidende Voraussetzung, um das Eindringen klassen- und parteifeindlicher Elemente zu verhindern und die Partei gegen Provokation und Zersetzung zu sichern.

Die Schwächen unserer Breslauer Organisation, die ungenügende Verankerung in den Betrieben und in den entscheidenden Schichten der Arbeiterklasse, die ungenügende revolutionäre Massenarbeit, die mangelnde politische Aktivität, Organisiertheit und Diszipliniertheit einzelner Parteieinheiten, die Passivität, die kleinbürgerliche Geschwätzigkeit, Empfänglichkeit für Verleumdungen und Gerüchte gegen die Parteiführung, Kampfscheuheit, Unglaube an die revolutionäre Kraft des Proletariats, ungenügende Verbundenheit mit der Partei durch die revolutionäre Arbeit bei einem Teil der Parteimitglieder erleichtern dem Klassenfeind seinen Kampf gegen die Partei. Nur dadurch konnte der Klassenfeind eine Reihe von Anschlägen gegen die Partei durchführen.

Wir kennzeichneten in der gestrigen Nummer der „Arbeiter-Zeitung" im besonderen eine Methode, die der Klassengegner im Zusammenhang mit der Polizeiaktion gegen die Freiburger Konferenz anwandte, die der Brieffälschung. Diese Brieffälschung war nur möglich unter Ausnutzung der Schwankungen und Differenzen des Genossen August Reimann mit der Parteiführung, sowie dessen fahrlässiges Verhalten. An den Genossen Reimann, der sich zum Träger rückständiger und schwankender Stimmungen und Elemente der Untergrabung des Vertrauens zur bolschewistischen Führung der Partei, machten sich die bewußten, provokatorischen und zersetzenden Elemente, die im Dienste des Klassenfeindes arbeiten, heran.

Der von der Partei eingesetzte Untersuchungsausschuß, der diese Angelegenheit im Zusammenhang mit einer Reihe anderer Fälle gründlich untersuchte, schlug der Bezirksleitung und dem Zentralkomitee folgende Maßnahme gegen den Genossen Reimann vor:

„Enthebung des Genossen Reimann von allen Funktionen auf ein halbes Jahr wegen fahrlässigen Verhaltens und systematischer Diskreditierung der Bezirksleitung und einzelner Genossen der Bezirksleitung."

Dieser Vorschlag wurde von der BL. angenommen und vom Zentralkomitee der Partei zum Beschluß erhoben.

Das weitere Verhalten der Partei zu dem Genossen Reimann hängt davon ab, ob dieser seine Fehler anerkennt, seine Schwankungen liquidiert und die Parteiführung rückhaltlos in der Durchführung unserer bolschewistischen Generallinie unterstützt.

Gleichzeitig geben wir einen weiteren Beschluß der höchsten Parteikörperschaften bekannt, und zwar den Ausschluß von Joseph Hentschel wegen stärksten Spitzelverdachts.

Ein formeller Ausschluß gegen Walter Stiefel alias Peter erübrigt sich, da dieser ohne Verfahren aus der Partei und den revolutionären Organisationen entfernt wurde, wegen parteifeindlicher Machinationen, Organisationsschädigung und provokatorischen Methoden.

Dieser Peter konnte sich in den IAH.-Vorstand einschleichen und nützte das Vertrauen des Genossen Reimann für seine unsauberen Zwecke aus. Peter erschlich sich vor einigen Wochen mit denselben Methoden die Parteimitgliedschaft.

Wir rollen deshalb diese Dinge vor der Arbeiter-Oeffentlichkeit auf, um alle revolutionären Kräfte gegen die skrupellosen Methoden, die der Klassenfeind im Kampfe gegen die Partei anwendet, zu mobilisieren, um die Reihen der Partei fester zu schließen, die Schwankungen auszumerzen, den Parteischädlingen das Handwerk zu legen, das Vertrauen zur Parteiführung zu stärken, die entschieden für die Durchführung der revolutionären Massenpolitik und für die bolschewistische Festigung der Partei kämpft.

DAS JANUAR-HEFT IST ERSCHIENEN

Die Internationale

Die führende Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Aus dem Inhalt: Thälmann: Das Zentrum, die führende Partei der deutschen Bourgeoisie / Werner Hirsch: Faschismus und Hitlerpartei ● Zwei grundlegende Dokumente zur Verbesserung der revolutionären Theorie und Praxis. Sofort besorgen, ehe vergriffen!

Jetzt nur noch 20 Pfennig das Heft!!

Das Riesengeschenk an die Firma Langermann G. m. b. H.

200 000 Mark Subvention für die Ausbeuter, Versklavung der Arbeiterschaft, soll heute in geheimer Sitzung beschlossen werden — SPD. als Befürworter

Breslau, 14. Januar.

Breslau. In der heute nachmittag stattfindenden Stadtverordneten-Versammlung, in der eine Reihe für die Arbeiterschaft wichtige Punkte zur Tagesordnung stehen, wird unter anderem **in geheimer Sitzung über den Vertrag beraten, welcher zwischen dem hiesigen Magistrat und der Schuhfabrik Langermann G. m. b. H. bereits so gut wie perfekt ist.** Wir haben im Oktober des vergangenen Jahres schon einmal zu dieser Frage Stellung genommen. Haben darauf hingewiesen, daß die genannte Firma, welche ihren Sitz in Niederauerbach in der Pfalz hat, auch auf Kosten der hiesigen Steuerzahler ihre Geschäfte machen will. Inzwischen ist die Frage akuter geworden. Das beweist uns die heute stattfindende Beratung im Breslauer Rathaus, welche uns zwingt, **diese für die Arbeiterschaft so wichtige Frage, die hier in geheimer Sitzung beraten werden soll, in aller Oeffentlichkeit aufzurollen.**

In einer Reihe von Arbeiterzeitungen des Reiches wurden bereits

die ungeheuren Ausbeutungsmethoden dieser Firma

angeprangert. Die Firma hat die ganze Pfalz mit ihrer Produktion überschwemmt. So wurde zum Beispiel in Zweibrücken, in [illegible], in Ramberg, in Annweiler und auch in Kaiserslautern die Produktion der Langermannschen Fabrik eingeführt. Dort werden arbeitende Frauen und Mädchen bei Heimarbeit auf ganz besonders raffinierte Ausbeutungsmethode ausgeplündert. Die Löhne, die dort gezahlt werden, sind geradezu katastrophal. So erhält zum Beispiel eine Lederflechterin für ein Paar 10 bis 15 Pfennig. Wenn man bedenkt, daß eine ganz gute Flechterin anderthalb bis eindreiviertel Stunden benötigt, um ein Paar zu machen, so kann man sich schon ausrechnen, wie hoch der Verdienst dieser Arbeiter und Arbeiterinnen ist. Die Höchstleistung einer Arbeiterin, die seit Kindheit diese Arbeit macht, betrug 10 Paar am Tag, natürlich noch unter Mithilfe von Familienmitgliedern. Daraus ist schon zu ersehen, mit welchen raffinierten Methoden diese Firma arbeitet.

Nun sollen auch diese Methoden in Breslau eingeführt werden. Der Vertrag ist so gut wie perfekt. Nach diesem Vertrage stellt die Stadtgemeinde Breslau der Firma einen Betrag von

200 000 Mark als zinsloses Darlehn

zur Verfügung. Dafür stellt die Firma bis spätestens einen Monat nach Betriebseröffnung eine Mindestbelegschaft von 350 Personen ein, welche in einem weiteren Zeitraum von sechs Monaten auf 700 Personen gesteigert werden soll.

Die benötigten Arbeiter werden nur aus den Reihen der Erwerbslosen genommen, welche dort aber keinen Lohn, sondern für ihre Unterstützung laut Vertrag eine „wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 40 Stunden" verrichten müssen. Die Arbeitskräfte werden zu „einer sechswöchentlichen Probezeit" eingestellt.

Nach dem vorliegenden Plan ist die Firma auch berechtigt, „sich die ihr geeignet erscheinenden Arbeitskräfte aus den Karteikarten des städtischen Wohlfahrtsamtes auszuwählen". Das heißt, daß das Wohlfahrtsamt die Erwerbslosen an die Firma vollkommen ausliefert. Diese Arbeitsvermittlung kommt einer ganz brutalen Zwangsarbeit gleich, und die dort Beschäftigten sind ein willenloses Werkzeug in den Händen eines Ausbeuters, der jederzeit und zu jeder Stunde die Arbeiter auf die Straße setzen kann. Obendrein bekommen sie keine Unterstützung wegen „selbstverschuldetem Arbeitsverlust".

Das sind die Absichten des Breslauer Magistrats, und nicht zu vergessen ist dabei, daß die Sozialdemokratie mit Mache, dem zweiten Bürgermeister Breslaus an der Spitze, die wärmste Befürworterin dieser Ausbeutermethode ist. Die Breslauer Erwerbslosen sollen versklavt und entrechtet werden und als Objekte zur „Wirtschaftsankurbelung" benutzt werden.

Ein schändlicher Plan

In der Pfalz sind Fälle bekannt, wo Arbeiterinnen bei 20 Pfennig Stundenlohn ausgebeutet wurden. Es wurden daraufhin gegen die Firma Klagen geführt. Um weiteren Klagen aus dem Wege zu gehen, legte die Firma jedem einzustellenden Arbeiter ein Revers zur Unterschrift vor, wo es unter anderem heißt:

„Ich anerkenne, daß ich zu einer 14tägigen Lehrzeit bei der Schuhfabrik Langermann G. m. b. H., Niederauerbach, eingetreten bin. Zu einer Bezahlung für die Arbeitsleistung während dieser Zeit ist die genannte Firma nicht verpflichtet, was ich hierdurch ausdrücklich anerkenne. Es kommt deshalb auch keine irgendwie geartete Arbeitnehmerversicherung in Frage. Meine Entlassung kann jederzeit fristlos erfolgen."

Hieraus ist ersichtlich, daß die Firma mit allen Mitteln die Entrechtung und Versklavung der Arbeiterschaft durchführt. Und diesem schändlichen Spiel reichen der Breslauer Magistrat und die SPD.-Führer ihre Hand. Das ist der Ausdruck der Volksgemeinschaft aller Feinde der werktätigen Bevölkerung. Denn es steht so gut wie fest, daß hier die Firma mit denselben raffinierten Methoden arbeiten wird.

Gegen diesen schändlichen Plan der Kapitalisten und mit ihnen im Bunde die sozialfaschistischen Führer muß die gesamte Arbeiterschaft Stellung nehmen. **Der Arbeiterschaft muß es aber auch klar werden, warum der Magistrat diesen schändlichen Plan nicht in öffentlicher Sitzung, sondern hinter geschlossenen Türen verhandelt. Sie sollen nicht hören, wie sie verschachert werden. Anders kann man eine** solche Methode der „Wirtschaftsankurbelung" nicht bezeichnen.

Die Arbeiterschaft und insbesondere die Tausenden und aber Tausenden Breslauer Erwerbslosen haben von einer solchen Arbeitsbeschaffung keinen Vorteil und Nutzen. Ja, im Gegenteil, sie sollen ausgepreßt werden wie eine Zitrone, um dann nach sechswöchiger Probezeit ohne Unterstützung aufs Pflaster geworfen zu werden.

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wird heute nachmittag zu diesem schändlichen Plan Stellung nehmen und scharf und eindeutig allen, die es hören wollen, sagen, daß die Arbeiterschaft Breslaus diesen Versklavungspakt ablehnt. Wir fordern Arbeit für die Arbeitslosen, Brot für alle Werktätigen, dulden aber nicht die Entrechtung der Arbeiterklasse.

Dieses zinslose Darlehn des Magistrats an die Firma Langermann ist ein direktes Geschenk aus den Unterstützungsgeldern und den Steuergroschen der Breslauer werktätigen Bevölkerung. Deshalb muß die gesamte Arbeiterschaft gegen diesen schändlichen Versklavungsplan mobilisiert werden. Arbeit und Brot wird es für die Werktätigen erst nach dem Sturze der kapitalistischen Gesellschaft geben.

Der dritte Verhandlungstag im Monstreprozeß

Fortsetzung der Zeugenvernehmungen — Wie die Kriminalpolizei zu den Geständnissen kam — Zeuge Borek erzählt — märchenhaft

Breslau. Am dritten Verhandlungstage wurde mit der Zeugenvernehmung fortgefahren. Mit großer Spannung wurde die Vernehmung des Kriminalkommissars Gatzke, des Leiters der politischen Abteilung, erwartet. Auf Grund seiner Aussagen in erster Instanz, wonach der „Kampfbund gegen den Faschismus" als eine Unterabteilung der Kommunistischen Partei bezeichnet wurde, gelangte das Gericht damals zu den hohen Urteilen. Auch bei der gestrigen Verhandlung blieb Gatzke bei seiner Auffassung. Erst auf den energischen Protest der Verteidigung hin stellte das Gericht trotz des Widerspruches des Anklägers fest, daß der „Kampfbund gegen den Faschismus" keine Unterabteilung der KPD. ist. Genau so blieb Gatzke bei dem Bestehen eines ominösen Sturmbefehls. Obwohl es sich bei diesem Sturmbefehl

um einen Sturmwerbeplan des Kommunistischen Jugendverbandes

handelt, in welchem den Jungkommunisten Aufgaben zur Werbung neuer Mitglieder gestellt werden, legen Gatzke und Ankläger diesem Sturmplan eine große Bedeutung bei. Fernerhin will Gatzke durchaus wahr haben, daß die Arbeiter nur deshalb sich in den Verkehrslokalen versammelten, um Ueberfälle auf den Stahlhelm zu vollziehen. Obwohl nach den Anordnungen der Polizei der Stahlhelmzug nicht durch die Ottostraße marschieren durfte, will Gatzke davon nichts wissen. Hier griff der Vorsitzende ein und stellte fest, daß, wenn der Stahlhelm nicht durch die Ottostraße marschieren sollte, man von einer Ansammlung, um Ueberfälle auf den Stahlhelm auszuführen, nicht reden könne. Durch diese Feststellung des Vorsitzenden in zweiter Instanz wird abermals die Begründung des Urteils erster Instanz erschüttert.

Die Vernehmung des Kriminalkommissars Klapper bewies erneut die Praktiken der Kriminalpolizei bei der Herstellung der Protokolle. **Die Angaben der angeklagten Arbeiter, wonach bei Abfassung der Protokolle ein Druck auf sie ausgeübt worden sei, stellt dieser Zeuge als Ammenmärchen hin. Durch Anfragen der Angeklagten muß jedoch Klapper zugeben, den unter Anklage stehenden Arbeitern mit hohen Strafen gedroht zu haben.** Ebenso ergab die Verhandlung, wie die gegenseitige Belastung der Angeklagten zustande kam.

Anschließend kam der Schupohauptmann Engel zur Vernehmung, welcher auch bestätigen mußte, daß der Stahlhelm sich auf Straßen bewegte, welche erstmals für sie nicht bestimmt waren. Hieraus läßt sich für jeden Unbefangenen schließen, daß der Stahlhelm absichtlich durch die Viertel der Arbeiterschaft gezogen ist. Die nachher auftretenden Stahlhelmzeugen, unter denen sich Oberleutnant a. D. Arnd und der L. d. L. Gabriel befanden, an denen man

die Stahlhelmtypen

von großer Weite erkannte, bringen zum Teil sich widersprechende Aussagen. Drappitz, der zwar behauptet, kein Stahlhelmer zu sein, spricht ständig von seinen Kameraden usw. Seine Nicht-Mitgliedschaft muß jedoch sehr angezweifelt werden. Das gleiche gilt von der Zeugin Günzel, die scheinbar nicht recht wußte, ob sie auf die Frage des Vorsitzenden, ob ihr Mann Stahlhelmer ist, mit Ja oder Nein antworten sollte.

Ein ganz „netter" Erzähler ist der Zeuge Borek, der

in märchenhafter Art

vortrug und vordemonstrierte, wie angeblich der Kommunist, von dem er nicht einmal weiß, ob es einer war, in kniender Stellung den todbringenden Schuß abfeuerte. Obgleich er in der Nähe des Schützen gestanden haben will, vermag er nicht anzugeben, wer der Schütze ist. Auch Paschke will in nächster Nähe gestanden haben, jedoch auch er vermag nichts anzugeben. Ebenso sind die Aussagen des Zeugen Fischer von vollständiger Bedeutungslosigkeit. So zeigte auch der Verlauf des gestrigen Tages, auf welchen wackligen Füßen die Anklage steht.

Am Schluß der Verhandlung wurde noch auf Antrag des Rechtsanwaltes Dr. Bach ein Artikel der „Volkswacht" zur Verlesung gebracht, in welchem bekundet wird, daß die Stahlhelmer bereits am Tage Ueberfälle auf die Arbeiterschaft unternommen hatten. Der Vertreter der Anklage konnte es sich jedoch nicht verkneifen und ließ als Beweis seinerseits einige Stellen aus der „Arbeiter-Zeitung" verlesen. Nachdem auf eine Anfrage des Rechtsanwalts der „Roten Hilfe" der Staatsanwalt noch erklären mußte, daß der Kampfbund keine Unterabteilung der Kommunistischen Partei ist, wurde die Sitzung auf heute vormittag 9 Uhr vertagt.

SPD.-Hochburg Stoberau im Verfall

Fünfzehn sozialdemokratische Arbeiter kommen zur Partei Lenins

Brieg. Seit der Eroberung der Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in Leubusch durch die Kommunistische Partei, konzentrierten die sozialdemokratischen Bonzen ihre ganze Kraft auf die Hochburg Stoberau. Schon in der letzten SPD.-Versammlung, im Monat Dezember, wurde durch den Reagaten Stefien [illegible] Genosse Hellmann verhindert, das Referat dieses Sozialfaschisten gründlich zu widerlegen, indem man ihm kurzerhand das Wort entzog. Genosse Hellmann hatte in der damaligen Versammlung darauf hingewiesen, daß die KPD. in der nächsten Zeit hier eine Versammlung abhalten wird und dabei den Beweis erbringen wird, daß sie **die Führerin der Massen ist.**

Am vergangenen Freitag fand nun diese Versammlung statt. Die Arbeiterschaft und die Kleinbauern des Ortes waren in großer Anzahl erschienen. Genosse Hellmann als Referent zeigte in klarer und verständlicher Art den Weg, den die Volksfeinde einschließlich der sozialdemokratischen Führerschaft den Werktätigen aufzwingen. Er beleuchtete die Notverordnungen und ihre Auswirkungen gegen die Arbeiterschaft, zeigte die verräterische Rolle der Führer der SPD. und des ADGB., die durch ihre Politik des „kleineren Uebels" die werktätige Bevölkerung vor den vollständigen Ruin gebracht haben. Heute treten sie (die SPD.-Führer) nicht nur zum Leisetreten auf, d. h., zum Zurückweichen vor dem Faschismus, sondern organisieren selbst die **„eiserne Front"**, die nichts anderes ist als **die Gemeinschaft aller Volksfeinde**, — also die Front **gegen die werktätige Bevölkerung.** In hundertfältigen Beispielen ist den SPD.- und ADGB.-Führern nachzuweisen, wo sie im augenblicklichen Streikkampf der Arbeiterschaft den Streikbruch organisieren und der um Lohn und Brot und gegen die Auswirkungen der Notverordnungen kämpfenden Arbeiterschaft in den Rücken fielen. Gegenüber **diesem Faschismus aller Schattierungen** gilt es nun, die **rote Einheitsfront des kämpfenden Proletariats** entgegenzustellen. Die KPD. mit ihrer bolschewistischen Führung wendet sich deshalb an alle Arbeiter, bietet ihnen die Bruderhand, um mit ihnen die **rote Einheitsfront gegen Faschismus, weiteren Lohnabbau und Entrechtung zu bilden.** Der Arbeiterschaft nutzt keine prinzipienlose Einheitsfront, wie sie die Führer der SAP. wünschen, die eine Einheitsfront herstellen wollen am Tisch der Funktionäre, die bei den ersten Widerständen auseinanderbrechen muß. **Nicht Einheitsfront am grünen Tisch, nicht prinzipienlose Verschmelzung einzelner Organisationen, sondern Einheitsfront von unten unter einer zielklaren revolutionären Führung zu dem Zwecke, die Kämpfe der Arbeiterschaft zu organisieren, vorzubereiten, auszulösen und zu führen.** Das ist die Aufgabe, die gestellt ist. Die Arbeiterklasse in Stadt und Land nimmt bereits das Bündnisangebot der einzigen revolutionären Partei, der KPD., an und formiert die kämpfende rote Einheitsfront von unten. In jeder Stadt, in jedem Dorfe, müssen nun Einheitskomitees gebildet werden, die die Voraussetzungen zur Schaffung der roten Einheitsfront und das Kampfbündnis mit den werktätigen Bauern schaffen.

Obwohl sich niemand zu diesen Ausführungen in der Diskussion meldete, bekundeten die Anwesenden ihre Zustimmung dadurch, **daß 15 sozialdemokratische Arbeiter ihren Uebertritt von der SPD. zur KPD. vollzogen. Insgesamt 20 Arbeiter erklärten an diesem Tage ihren Beitritt zur Kommunistischen Partei und bekundeten damit ihren Kampfeswillen unter der bolschewistischen Führung des deutschen Proletariats der KPD.**

Im Sturmschritt wird das Aufgebot der 100 000 erreicht, deshalb nicht nachlassen. Genossen! Alle an die Arbeit! Und nicht die Werbung für das Kampforgan die **„Arbeiter-Zeitung"** vergessen.

Nicht vergessen
zu jeder Mahlzeit
Christ-Brot essen

Organisiert den Kampf gegen Lohnraub

Heraus zu den Betriebsversammlungen!

Donnerstag, den 14. Januar:

Betriebsversammlung **Kantorowicz u. Co.**, 15 Uhr. Lokal [illegible]
Betrieb Meinecke im Lokal Dittrich, Matthiasstraße 175, um 16 Uhr. Referent Genosse Bener.
Giesches Erben im Gasthaus Kowallen um 16 Uhr. Referent Genosse Franken.

Freitag, den 15. Januar:

Betriebsversammlung **Schwerin u. Söhne** um 16 Uhr. Lokal Zanke, Gräbschener Straße.
Betriebsversammlung **Brikettfabrik** um 16 Uhr, Lokal: Lubia, Reichsstraße.
Betriebsversammlung **Eisenbahn** um 19 Uhr. Lokal: Fabian, Siebenhufener Straße.
Betriebsversammlung **Eisenbahn** um 19 Uhr. Lokal: Schmidt, Hubenstraße.
Betriebsversammlung **Elektrizitätswerke** um 16 Uhr. Lokal Gardian, Bergmannstraße.
Kelling im Lokal „Reichsadler", Groß-Tschansch um 16 Uhr. Referent Genossin Lotte Wolf.
Marstall im Lokal Zondlik, Königgrätzer Straße um 16 Uhr. Referent Gen. Hellmann.
Kemna im Lokal Kache, Gräbschener Straße 123 um 16 Uhr. Referent Genosse Paris.
Archimedes im Lokal Fiedler, Schweizerstraße um 16 Uhr. Referent Genosse Bene.
Rohrueß im Lokal „Roter Löwe", Kupferschmiedestraße um 16 Uhr. Referent Genosse Holewe.

Sonnabend, den 16. Januar:

Betriebsversammlung **Straßenbahner** um 16 Uhr im Lokal „Astoria-Säle", Sonnenstraße.

An alle Mitglieder der KPD., Breslau, Stadtteil Nord!

Am Donnerstag, dem 14. Januar, findet um 20 Uhr in Gardyans Gaststätte, Bergmannstraße 12, unsere Stadtteilversammlung statt. In dieser Versammlung soll die Einteilung des Stadtteils besprochen werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Mitgliedes, zu erscheinen. Der Abend wird durch einen Lichtbildervortrag umrahmt werden.

Erwerbslose!
Heraus zur Versammlung!

am Donnerstag, dem 14. Januar 1932, nachmittags 2½ Uhr, in Hoffmanns Festsälen, Pöpelwitzstraße.

Tagesordnung:

Neue Unterstützungskürzung in Aussicht!
Der Streik der jugendlichen Kurszwangsarbeiter.

Auch du darfst bei dieser Versammlung nicht fehlen!

Es geht auch dich an!

Berichtigung

Strehlen. Wir brachten in der Montagausgabe unserer Zeitung einen Artikel unter der Ueberschrift: **Im Sturmschritt zur roten Einheitsfront**, in welchem der Druckfehlerteufel wieder einmal sein Unwesen trieb. Dort muß es im dritten Abschnitt heißen: **An neuen Kämpfern gegen die Klassenjustiz wurden 60 Genossen geworben.**

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, Provinz und Lokales: Hermann Watschewski, Breslau. — Für die übrigen Seiten: A. Fendrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Rund um den Erdball

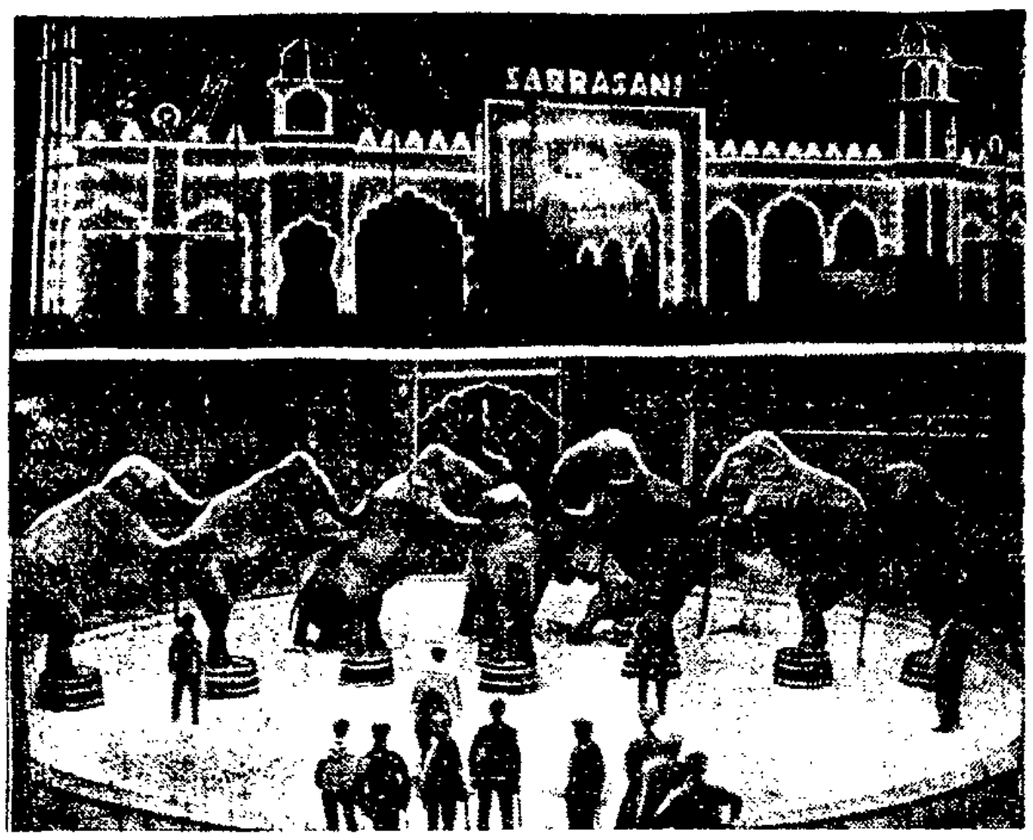
Großfeuer im Zirkus Sarrasani

Zwölf Elefanten verbrannt

Schreckensszenen in Antwerpen — Brandstiftung aus nationalistischer Verhetzung?

Brüssel, 13. Januar. Am Mittwoch früh zwischen 3 und 4 Uhr brach in einem Nebenbau des zur Zeit in Antwerpen gastierenden deutschen Zirkus Sarrasani Feuer aus, das eine Stallung vernichtete, in der Elefanten und ein größerer Teil der Kostüme untergebracht waren. Zwölf Elefanten kamen im Feuer um oder erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Die Antwerpener Polizei prüft zur Zeit die Frage, ob das Feuer im Zirkus Sarrasani angelegt worden ist. Man neigt zu dieser Annahme, da die Direktion des Zirkus am Dienstag abend eine Postkarte erhielt, auf der ein Unbekannter ankündigte, daß das „Boche"-Unternehmen vernichtet werden solle. Das lange Ausbleiben der Feuerwehr wird damit erklärt, daß nach belgischem Recht zuerst immer die Feuerwehr eingesetzt werden muß, die für den Brandort zuständig ist. Der Zirkus steht aber auf Berchemer Gebiet. Die Antwerpener Feuerwehr konnte also erst nach Zustimmung des Antwerpener Oberbürgermeisters eingesetzt werden.



Oben: Eingang zum Zirkus. Unten: Ein Teil der verbrannten Elefanten

Zu dem Brand im Zirkus Sarrasani ist ergänzend zu melden, daß der Zirkusfeuerwehr bei den Löscharbeiten zunächst nur die Ortsfeuerwehr von Berchem zur Seite stand. Die Direktion des Zirkus erbat auch die Hilfe der Antwerpener Feuerwehren, die jedoch nicht rechtzeitig erscheinen konnten, da sie vom Bürgermeister von Berchem keine Aufforderung erhalten hatten.

Ausgebrochen ist das Feuer in der Garderobe. Es griff dann mit großer Schnelligkeit auf das Elefantenzelt und auf ein Zelt über, in dem die Pferdesättel aufbewahrt wurden. Das gesamte Personal des Zirkus und inzwischen eingesetzte Pioniertruppen konnten nach anstrengender Tätigkeit einige Ordnung in das Durcheinander bringen. Mehrere Elefanten rissen sich los und rannten in wildem Schrecken durch die Stadt.

Es gelang jedoch schließlich, den größten Teil der Tiere in Sicherheit zu bringen. Auch die Löwen, die in dem angrenzenden Zelt untergebracht waren, konnten gerettet werden. Nach dreistündigen Löscharbeiten war das Feuer auf seinen Herd beschränkt.

Verbrannt sind Tausende von zum Teil sehr wertvollen Kostümen, zahlreiche Sättel usw. Der Zirkus besitzt nach dem Brande kaum noch ein Zaumzeug für die Pferde. Personen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. Der Sachschaden, der allein durch die Vernichtung der Kostüme entstanden ist, wird auf über 400 000 Mark geschätzt. Wahrscheinlich wird der Zirkus das Gastspiel in Belgien abbrechen müssen.

Die Meldung, daß hier ein Akt nationalsozialistischer Verhetzung vorliegt, ist für uns nicht verwunderlich. Die systematische Propaganda der Chauvinisten hüben und drüben muß sich ja, wie die Geschichte der letzten Jahre lehrt, hin und wieder in derartigen Wahnsinnstaten entladen. Ein Glück nur, daß diesmal dabei kein Menschenleben zu beklagen ist.

In der Todeskurve

Wieder sind der barbarischen bürgerlichen Sportsensation einige Menschenopfer dargebracht. Der Bob „Poitz" rast auf der Schreiberhauer Bahn im ersten Lauf um die „Deutsche Bobmeisterschaft" in die Zuschauermenge. Zwei Tote und 25 Verletzte blieben auf der Strecke. Mit welch ungeheurer Geschwindigkeit der Bob fuhr, zeigt das rechte Bild, in dem die Zuschauer schon fast vom Bob erfaßt sind, jedoch noch nicht die Gefahr erkannt haben und unbekümmert stehenbleiben.

Vater und Sohn ertrunken

Stettin, 13. Januar. Am Dienstag nachmittag brach in Kallies (Kreis Dramburg) der sechs Jahre alte Sohn des Musikers Hollatz mit seinem Rodelschlitten auf dem Eise des Mühlenteiches ein. Der Vater wollte den verunglückten Knaben retten und ließ sich eine Leine um den Körper binden. Die Leine löste sich aber und Vater und Sohn ertranken. Die Leichen des Kindes und des Vaters, der außer seiner Frau noch vier kleine Kinder hinterläßt, konnten geborgen werden.

Gerettet . . .

Vier Kumpels des „Roter Stollen" heil und gesund

Kassel, 13. Januar. Die am Dienstag bei dem Grubenunglück auf der Braunkohlenzeche „Roter Stollen" bei Kassel eingeschlossenen vier Bergleute sind nach schwierigen Rettungsarbeiten geborgen worden.

Verzweiflungsaktion im Erziehungsheim

Vier Zöglinge geflüchtet — sechs verhaftet

Reppen (Mark), 13. Januar. Bei der Verhaftung eines Zöglings, der angeblich Diebstähle begangen hatte, kam es in dem Erziehungsheim Seehof bei Reppen zu schweren Auseinandersetzungen. Die 37 Zöglinge, die in der Anstalt untergebracht waren, rotteten sich in ihrer Verzweiflung zusammen, schlugen Fenster und Türen ein und demolierten die Einrichtung.

Ehe die Polizei eingreifen konnte, hatten vier Insassen die Flucht ergriffen. Die Polizei stellte dann die bekannte Ruhe und Ordnung wieder her und verhaftete sechs „Rädelsführer", von denen zwei im Verlauf der Auseinandersetzungen verletzt worden waren.

25 Jahre seines Lebens ins Zuchthaus

Ein- und Ausbrecher Soika erneut verurteilt

Oppeln, 13. Januar. Vor dem Oppelner Schöffengericht stand am Dienstag der weit über Oberschlesien hinaus bekannte Ein- und Ausbrecher Eduard Soika, der noch eine längere Zuchthausstrafe zu verbüßen hat.

Im Oktober 1930 war Soika aus dem Zuchthaus Groß-Strehlitz ausgebrochen und hatte, nachdem er aus dem Pulverhäuschen in Gogolin größere Mengen Sprengstoff gestohlen hatte, den bekannten Einbruch in das Oppelner Versorgungsamt verübt und kurze Zeit darauf in Kattern bei Breslau einen Kassenschrank gesprengt und schließlich seiner Tätigkeit mit dem aufsehenerregenden Postraub in Bottrop die Krone aufgesetzt.

Vor dem Oppelner Schöffengericht hatte er sich jetzt wegen des Sprengstoffdiebstahls in Gogolin zu verantworten. Wegen der übrigen Straftaten ist bereits Verurteilung erfolgt. Soika, der im Jahre 1905 geboren ist, hat bisher fast 25 Jahre Zuchthaus erhalten. Er gab gleich zu Beginn der Verhandlung den Sprengstoffdiebstahl zu und legte im übrigen keinen Wert auf seine persönliche Verteidigung. Er versuchte nur, seine beiden Mitangeklagten, denen Beihilfe vorgeworfen wurde, zu entlasten.

Das Urteil lautete gegen Soika wegen schweren Rückfalldiebstahls und wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz auf drei Jahre Zuchthaus, die mit den übrigen Strafen zu einer Gesamtstrafe zusammengezogen werden sollen. Die beiden Mitangeklagten wurden wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Gotthard-Strecke verschüttet

Auf der Axenstraße am südlichen Ende des Vierwaldstätter Sees zwischen Sisikon und Fluelen hat ein Erdrutsch die Gotthard-Eisenbahnstrecke und die Axenstraße verschüttet.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Klimawechsel und Epidemien

Die „geheimnisvolle" 7 in der Wissenschaft

Die unbeständige Jahreszeit der letzten Wochen hat zu einem Anschwellen der Grippefälle geführt, ohne daß es in Berlin oder anderen Orten Deutschlands bisher zu einer größeren Grippeepidemie gekommen wäre. Wenigstens ist darüber noch nichts berichtet worden. An sich gibt es ja jedes Jahr um diese Zeit kleinere Grippeepidemien. Allerdings ist deren Heftigkeit ganz verschieden. In aller Erinnerung sind noch die Epidemien von 1917 bis 1919, die ihren Höhepunkt im Winter 1918 fand und die Epidemie von 1925 bis 1926. Viele Tausende vornehmlich jugendlicher Personen der werktätigen Bevölkerung wurden als Opfer dieser früher meist als harmlos bezeichneten Erkrankung dahingerafft. Aerzte und Sanitätsbehörden standen der Krankheit, deren Heftigkeit niemand auch nur annähernd vorausgeahnt hatte, wehrlos und unvorbereitet gegenüber. Die späteren deutschen Epidemien waren sehr viel harmloser, wenn sie auch noch genug Opfer unter der ausgehungerten, körperlich geschwächten werktätigen deutschen Bevölkerung forderten.

Ja, die letzten Epidemien konnten gar nicht so heftig sein, denn die Erfahrung lehrt, daß nur in gewissen regelmäßig sich wiederholenden Zeitabständen derartig gefährliche Seuchenzüge über einzelne Erdteile dahingehen. Eingehende Untersuchungen, die der sowjetrussische Forscher Tschischewski über die Wechselbeziehung zwischen den klimatischen Verhältnissen und der Cholera- und Grippeepidemien vorgenommen hat, zeigen, daß ein Zusammenhang zwischen der Sonnentätigkeit, die ja unser Klima direkt beeinflußt, und den Epidemien besteht. Je stärker die Sonnentätigkeit ist (Tschischewski hält sich dabei an die Beobachtung über das Auftreten von Sonnenflecken), desto heftiger breiten sich die ansteckenden Krankheiten aus. Der Durchschnitt zwischen den einzelnen Epidemien beträgt nach dieser Berechnung 11,2 Jahre.

Seine Beobachtungen werden durch die Geschichte der Seuchen und ihrer Bekämpfung in den letzten 500 Jahren im wesentlichen bestätigt, wenn auch in der Auffassung Tschischewskis noch einige Lücken klaffen. Offenbar hängt außer von einem äußerlichen, durch die Sonne bedingten klimatischen Einfluß, die Heftigkeit einer jeden Epidemie auch noch von einem dem Krankheitserreger selbst innewohnenden, bisher noch nicht bekannten Faktor ab.

Da die bürgerliche Medizin und Naturwissenschaft, die in ihren Forschungsergebnissen seit längerer Zeit schon nicht vorwärts kommt, heute mehr denn je auf die Mystik, auf das „Unerklärliche, Unfaßbare, Geheimnisvolle" zurückgreift, so werden auch jetzt von deutscher Seite wieder Versuche unternommen, die exakten Forschungen Tschischewskis mit derartigem Aberglauben zu verbrämen. Die Zahl „7" taucht auf, der ja unter dem Einfluß ihrer Priester und alter Klatschweiber unwissende Menschen schon seit jeher eine besondere Bedeutung beimaßen. Der Abstand der einzelnen Epidemien voneinander, so hat ein „gelehrter" Kopf errechnet, beträgt immer 7 Jahre oder ein Vielfaches davon. Jedenfalls ist die Jahreszahl zwischen zwei Seuchenzügen immer durch 7 teilbar. Und um seiner Theorie Wahrscheinlichkeit zu gewähren, hat er herausgefunden, daß schon in der biblischen Geschichte 7 fette und 7 magere Jahre erwähnt werden, daß die Heuschreckenplage nur alle 7 Jahre aufträte, daß der Wisent, das große aussterbende, dem Rind verwandte Tier der nordischen Wälder, nur alle 7 Jahre ein Junges bekommt und daß der Mensch alle 7 Jahre eine Erneuerungsperiode durchmacht.

Ohne daß die periodische Wiederkehr der Seuchen bestritten werden kann — denn sie ist einwandfrei bewiesen —, kann man doch mit Sicherheit sagen, daß die Hereinziehung der „Unglücks"zahl 7 in dieses System nichts als blanker Humbug ist. Der Wechsel des Klimas, der alle 32 bis 37 Jahre (im Mittel also 5 mal 7 = 35! aha!) ist, hängt von der Oberflächen- und Kernbeschaffenheit der Sonne und den Faktoren ab, die wiederum die Sonne beeinflussen. Nach den bisherigen Beobachtungen kann man jedenfalls sagen, daß der Klimawechsel, der uns in regelmäßigen Abständen wärmere Winter und kältere Sommer bringt, ebenfalls einer, wenn auch nur langsam zu Tage tretenden Veränderung unterliegt.

Nach den Berechnungen der Epidemieforscher ist im nächsten Winter, also 1932/33, eine ganz besonders heftige Grippeepidemie zu erwarten. Da aber andererseits die Meteorologen und die Klimaforscher voraussagen, daß dieser Winter sehr streng sein wird, und Kälte für die Ausbreitung der Epidemie hemmend wirkt, so stehen sich zwei verschiedene Auffassungen gegenüber. Die Unklarheit über Ursache, Ausbreitung und periodisches Auftreten der großen Seuchenzüge wird solange nicht behoben werden, als sich die Wissenschaft nicht freimachen kann von mystischem Aberglauben. Da dieser aber ein wesentlicher Faktor der modernen bürgerlichen Wissenschaft ist, so wird man die Ergebnisse der exakten, durch nichts gehemmten, vom Staate geförderten Sowjetwissenschaft auch auf diesem Gebiete abwarten müssen.

Dr. Swienty.

Verantwortlich: Alfred Fendrich, Berlin.

Arbeitslose Mädels zur Arbeitsdienstpflicht gepreßt

Beten und Arbeiten — Unter Aufsicht von „frommen Leuten" — Die Arbeitermädels singen kommunistische Kampflieder

Waldenburg. Im Oktober wurden von einigen Arbeitsämtern zusammen fünfundzwanzig stellungslose Mädchen in die Jugendherberge Groß-Wartenberg (Bez. Breslau) geschickt, um dort an einem landwirtschaftlichen Kursus von sechs Wochen teilzunehmen. Es ist durchaus notwendig, die Behandlung und die Zustände daselbst der Oeffentlichkeit zu unterbreiten.

Wenn die Mädchen nach ungewohnter Arbeit müde vom Felde zurückkamen, mußten sie, anstatt ins Bett zu gehen, Kirchenlieder („Tochter Zion" u. a.) lernen. Ganz abgesehen von dem bei einem Kursus unbedingt „notwendigen" Beten, das die ungläubigen Mädchen bei ihrem harten Kampf ums Dasein verlernt haben. **Zum Kirchgang wurden die Mädchen gezwungen. Sie durften nicht Miene machen, nicht zur Kirche zu gehen oder zu lachen; gleich drohte die Leiterin, Frau Jauber, mit der „Fahrkarte".** Die Leiterin sowohl als auch die Mädchen wußten, was das mit der „Fahrkarte" auf sich hat, nämlich sechswöchige Sperrfrist der Unterstützung. Mit diesem Druckmittel wurde alles durchgeführt, was zur Wiederherstellung der verlorenen Gottesfürchtigkeit notwendig war. Nach einem Wesen männlichen Geschlechts durften sich die Mädchen nicht umsehen und kamen sich so vor wie Klosterschwestern.

Auch die dort befindliche Konditorei Mantel hatte ihren Nutzen von dem Kursus. Sie ließ sich nach Bedarf ein Mädchen schicken, das die Zimmer säubern und aufwaschen mußte, wobei sich die Mädchen böse Hände holten. Für diese Arbeit gab es als Entgelt — Essen. Ob die Leiterin besonders von der Konditorei entschädigt wurde, ist unbekannt. Bekannt aber ist, daß das Dienstmädchen gespart wurde.

Die Verpflegung während des „Kursus" bestand größtenteils aus Hülsenfrüchten, und der Brotaufstrich aus Marmelade und Harzer Käse wechselnd. Von guter Butter haben die Mädchen in den sechs Wochen nichts gesehen. Für die Verpflegung mußten die Mädchen von ihrer „fürstlichen" Unterstützung 30 Pfennig pro Tag bezahlen.

Was soll der Kursus für einen Zweck haben? Zum Frühjahr werden die Mädchen auf verschiedene Güter verschickt werden, um dort für billiges Geld zu schuften. Bei Verweigerung: Sperrfrist! So werden den großen Gutsbesitzern auf gesetzlichem Wege billige Ausbeutungsobjekte zugeschanzt und dürfen in der Behandlung nicht allzu human sein.

Die Opfer des kapitalistischen Systems erkannten aber den tieferen Sinn ihrer Ausbildung. Was sonst unterdrückt wurde, kam zum Ausdruck, wenn die 25 Mädchen abends zum Schlafengehen zusammenkamen. Da kamen die aufgezwungenen frommen Lieder nicht in Frage. Sie sangen als Protest mit Begeisterung: „Im tiefen Kerker muß ich hier sitzen . . .", und fast unbeugsam klang es: „Vor den Richter soll ich treten, drei Vaterunser soll ich beten . . ."

Jawohl, die Mädchen wissen, daß durch Beten und christliche Lieder ihre elende Lage nicht gelindert wird, sondern, daß sie nur durch Kampf gegen die maßlose Ausbeutung freie Menschen werden können. Dieser schwere Kampf wird aber nur erfolgreich sein, wenn auch ihr jungen Mädchen euch der „Kommunistischen Jugend" anschließt, die eure Führerin ist und sein wird.

Exmittiert!

Das Mobiliar steht im Regen — Nur die proletarische Solidarität hilft

Landeshut. Der Stadtverordnetenvorsteher Aberle umgibt sich in den Verhandlungen des Stadtparlaments mit sozialen Phrasen. Das zeigt sich besonders bei der Beratung der von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion beantragten Winterhilfe. Jetzt nach dem „Fest der Liebe" entpuppt sich dieser soziale Phrasendrescher als der Feind der Notleidenden.

Eine Frau, welche als Textilarbeiterin nicht in der Lage war, neben den notwendigsten Bedürfnissen für sich selbst und drei Familienangehörigen zu sorgen, konnte die Miete nicht aufbringen. Sie wurde rücksichtslos exmittiert. Während der Abwesenheit wurde die verschlossene Wohnung aufgebrochen und daß gesamte Mobiliar auf den Hof gesetzt. Das geschah unter Duldung des Kirchenvorstandsmitgliedes Aberle. Die Möbel blieben trotz Regenwetters draußen stehen. Das Wohlfahrtsamt wird nach den gesetzlichen Bestimmungen von jeder wegen Mietsrückstand erfolgten Exmittierung in Kenntnis gesetzt. Der Wohlfahrtsdezernent und Volksredner der SPD., Bürgermeister Fechner, wußte genau so gut davon, wie Aberle.

Trotzdem eine angemessene Ersatzwohnung versprochen worden war, von beiden Seiten aus, ist die Frau bis heute noch ohne Wohnung. Die Möbel hat man in einem Speicher, die Personen bei menschlich denkenden Proleten untergebracht. Zur Charakterisierung des Stahlhelm- und Nazifreundes Aberle, der als Geschäftsmann zum größten Teil von Arbeitergroschen lebt, noch folgendes: Aberle war es, der vorschlug, die lumpige Weihnachtsbeihilfe in Höhe von 3 Mark an Ledige und Sozialempfänger nur in Naturalien zu verabfolgen. Die Arbeiterschaft wird es an einer Quittung für solche Leute nicht fehlen lassen.

Künzels Schikanen gegen Wohlfahrtserwerbslose

Zirlau. Schon des öfteren mußten wir uns mit den Schäbigkeiten des hiesigen Amts- und Gemeindevorstehers Künzel gegenüber den Erwerbslosen beschäftigen. Nicht genug des Hohnes und der Schikanen können wir anführen, deren sich Künzel gegenüber den Erwerbslosen schon geleistet hat. Wir erinnern an den zweimal gefaßten Beschluß der Gemeindevertreter im letzten Herbst, wonach die hiesigen Erwerbslosen eine Wirtschaftsbeihilfe erhalten sollten. Ein Künzel brachte es fertig, die gefaßten Beschlüsse nicht durchzuführen, mit der Begründung, es sei kein Geld da. Aber wir wissen ja, daß sich Künzel nur nach oben hin beliebt machen will und er ja nach seinen eigenen Ausführungen als Vollziehungsbeamter des Kreisausschusses Schweidnitz zu betrachten ist. Er befolgt die Anweisungen des Kreises, den Erwerbslosen keine Sonderbeihilfen zu gewähren, aufs beste. In gleichem Maße befolgt er aber auch die Anweisungen des Kreises, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zu Pflichtarbeiten für den Kreis anzuweisen.

Im vorigen Monat brachte er es fertig, eine Erwerbslosenversammlung, die sich mit dem Kapitel „Pflichtarbeit" beschäftigen wollte, zu verbieten. Sehr interessant sein Verhalten während der Winterhilfsaktion. Auf der einen Seite ließ er Wunschzettel an die Erwerbslosen verteilen, um auf der anderen Seite von denselben Erwerbslosen, die zufällig als Mieter in den Gemeindesiedlungen wohnen, die Mieten in rigoroser Weise eintreiben zu lassen. Nicht nur, daß Künzel mit Räumungsklage drohte, brachte er es fertig, den Wohlfahrtserwerbslosen-Mietern jede Woche einen Betrag bis zu 5 Mark (fünf Mark!) auf Mietszins von der an sich schon karge Unterstützung in Abzug zu bringen. Ja, Künzel ist schon so weit, daß er gegen einen erwerbslosen Mieter, der seine Miete laufend zahlt, Räumungsklage beim Amtsgericht Freiburg anstrengt. Alle bisherigen Vorstellungen der Mieter bei Herrn Künzel zwecks weiterer Ermäßigung bzw. Stundung der Mieten ihrer ungeheuren Notlage entsprechend, waren erfolglos und fanden nur höhnische Abweisung.

Immer mehr dürften die Zirlauer Erwerbslosen das heuchlerische Wesen eines Künzel erkennen. Er ist der Meinung, den Erwerbslosen geht es noch gut genug; sie können noch viel mehr entbehren. Wir empfehlen Herrn Künzel, doch einmal nur ein halbes Jahr lang mit der Unterstützung eines Wohlfahrtserwerbslosen zu leben, um dann zu bekunden, wieviel noch von der „hohen" Unterstützung zu kürzen möglich ist.

Kundgebung

der Roten Hilfe Deutschlands

Am 15. Januar findet in Altwasser, Gasthaus „Eisernes Kreuz", um 20 Uhr eine öffentliche Kundgebung der Roten Hilfe statt. Es spricht der ehemalige Reichswehrfeldwebel Burkhard (Potsdam) über die politische Lage, die Aufgaben der Roten Hilfe und den deutschen Strafvollzug. Erscheint in Massen! Keiner läßt sich diese wichtigen Ausführungen entgehen! Kämpft für die Vollamnestie und die Befreiung des Genossen Leutnant Scheringer!

Wir zeigen den Weg!

Jauer. Am Freitag, den 15. Januar 1932, abends 8 Uhr spricht der Genosse Karl Becker, M. d. R., in Jauer in einer großen Versammlung im „Grünen Adler". Eintritt 10 Pfennig. Pünktlicher Anfang.

KPD. Ortsgruppe Jauer.

Nazi-Versammlung mit „Rot Front" geschlossen

Sieben Arbeiter kommen zur Kommunistischen Partei — Kleinbauern und Landarbeiter verlassen die Naziversammlung

Neu-Limburg. Am Montag, dem 11. Januar, beabsichtigte die Nazipartei in Neu-Limburg eine „große" Ortsgruppe der NSDAP. zu gründen, und hatte zu diesem Zwecke eine öffentliche Versammlung angesetzt, zu der ein „Deutscher Volkswirt" aus Breslau erschienen war, um dort als die „große Kanone" abgeschossen zu werden. Eine große Anzahl Arbeiter und Kleinbauern waren erschienen, um dort den Reden des Jüngers Adolf Hitlers zu lauschen.

Wenn die Erschienenen aber dachten, daß dieser Redner etwas über den Ausweg aus Not und Elend sagen würde, hatten sie sich schwer getäuscht. Zunächst hob er hervor, daß, falls ein oder ein anderer Redner der NSDAP. schon in Neu-Limburg gewesen ist, er nicht ernstgenommen werden dürfe; nur er, der Volkswirt, könne die reine Wahrheit sagen. Mit „süßem Schmus" begann er jetzt die Versammlung heiter zu stimmen, indem er erklärte, für jeden einen Schnaps ausgeben zu wollen, den kommunistischen Diskussionsredner aber zu einem Zechgelage einlade, um dann alle Fragen des Kampfes um das Dritte Reich zu klären. Dann entwickelte er das Programm der NSDAP.

Die Kleinbauern spitzten die Ohren, als der Referent erklärte, daß im Dritten Reich jeder Kleinbauer und Landarbeiter von der Hitler-Regierung ein Stück Rodeland oder Sumpfgebiet zur Fruchtbarmachung zugewiesen bekäme. Als er die Stimmung der Kleinbauern gegen sich sah und ein Zwischenruf („Arbeitsdienstpflicht!") fiel, wollte er den Arbeitern und Kleinbauern weismachen, daß zur Arbeitsdienstpflicht speziell die Grafen und Großgrundbesitzer sowie Junker eingezogen würden, um den Kleinbauern bei der Fruchtbarmachung des Sumpfgeländes behilflich zu sein, was eine stürmische Erheiterung auslöste.

Endlich trat er ab, indem er noch feierlich erklärte, daß das Dritte Reich ganz nahe sei und in einigen Monaten Adolf Hitler der „große Mann" Deutschlands sein würde.

Dann wurde dem Genossen Hellmann, Breslau, von der KPD. das Wort erteilt und unbeschränkte Redezeit zugesichert.

Nun begann eigentlich erst die Versammlung. Mit klaren Worten zeigte er zunächst den erschienenen SA.-Proleten den Weg auf, der zu ihrer Befreiung führt. Mit großem Interesse folgten die SA.-Leute den Ausführungen des Genossen H. Dann aber verkleinerte der Genosse den Kleinbauern das Referat des Nazi-Redners, das einfach ein ungeheurer Angriff auf die Lebensexistenz der Kleinbauern darstellt. Schon einmal in der Geschichte des Bauerntums haben sich die Bauern die Sümpfe ausgetrocknet und das Land urbar gemacht, um dann von dem adligen Gesindel und seinen bewaffneten Horden enteignet zu werden. Das waren dieselben Versprechungen, die heute in der Gestalt der Großgrundbesitzer und Großagrarier als Freunde der Bauern auftreten wollen.

Und nun entwickelte der Genosse H. das Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei, das den Beifall aller Versammelten fand. Als nun der Genosse den allgemeinen Kampf des werktätigen Volkes aufzeigen wollte, der nur im Bündnis der Arbeiter und werktätigen Bauern geführt werden könne, wurde dem Genossen von dem Versammlungsleiter und Kulaken Bajuk aus Scheidelwitz das Wort entzogen.

Nun entstand eine ungeheure Erregung der Anwesenden, die das Weitersprechen des Redners verlangten. Als die Bonzen des Dritten Reichs dies trotzdem verhinderten, verließen die anwesenden Arbeiter und Kleinbauern den Saal und ließen die Nazis mit 20 Unentwegten unter sich.

Nach dieser Versammlung ist es den Kommunisten gelungen, 7 Arbeiter in die Kommunistische Partei aufzunehmen und die doch bestehende Dorfzelle der KPD. zu verstärken.

Wieder haben die Nazis in einem Dorf eine Abfuhr erhalten. Unter den Fahnen des Kommunismus werden sich die Landarbeiter und Kleinbauern vereinigen zum Sturze des kapitalistischen Systems, zur entschädigungslosen Enteignung der Großgrundbesitzer zur Durchführung des Bauernhilfsprogramms der Kommunistischen Partei.

Von der Bourgeoisie gekauft und zum Lügen verdammt

Der Rußlanddelegierte Bauer Anders-Liegnitz stellt sich der Rußlandhetze des Landbundes zur Verfügung

Bunzlau. Am 9. Januar wurden die Bauern nach dem Hotel „Blücher" eingeladen, um einen Bericht des Bauerndelegierten Anders über die Entwicklung der russischen Kollektivwirtschaften zu hören.

Außer der guten Bewirtung, welche der Delegation zuteil wurde, wußte er von Rußland nichts Gutes zu berichten. Die Lebenslage der dortigen Bauern sei äußerst schlecht und Hunger wäre überall. Lohn erhalten sie nur einmal im Jahre. Geliehene Gelder müssen sie mit 4 bis 15 Prozent verzinsen und der Geldverleiher werde nicht als Kapitalist angesehen, im Gegensatz zu dem, der fremde Arbeitskräfte ausbeute. In den Verwaltungen sitzen überall reichlich viel Juden.

Das Gut Verblut (so ähnlich der Name) habe 390 Beamte und 400 Arbeiter, und der Ertrag dieses Gutes stehe zu keinem Verhältnis zu den Ausgaben.

Wir nehmen an, daß er wider besseres Wissen verschwiegen hat, daß benanntes Gut ein Lehrgut der Studenten ist.

Er behauptet, daß die Delegation am Gängelband geführt worden sei und sich nicht frei bewegen durfte. Alles in allem war es eine plump aufgemachte Rußlandhetze, die den Zweck hatte, das deutsche Bauernelend zu verschleiern.

Genosse Stusche trat ihm in der Aussprache entgegen und zerpflückte seine Hetzrede. Besonders wies er nach, daß die bewaffneten Arbeiter und Bauern dieses System stürzen würden, wenn besagte Unterdrückung bestehen würde. Das Bauernelend in Deutschland wird in dieser Gesellschaftsordnung nicht beseitigt. Nicht hetzen, sondern Kampfbündnis der Arbeiter und Bauern ist das Gebot der Stunde, um für die Lebensinteressen beider Schichten zu kämpfen. Ein großer Teil des Saales war von Nazis besetzt, und diesen waren die Ausführungen des Genossen Stusche sehr unangenehm. Besonders zeichnete sich Nazi-Kühn, Oberstraße, aus, und provozierte in der übelsten Weise die Erwerbslosen. Ausdrücke wie „Lumpen und Strolche", mit denen die Arbeiter bedacht wurden, werden wir uns recht gut merken. Durch Zwischenruf verbat sich Genosse Stusche energisch die Beschimpfung und Verhöhnung der Erwerbslosen.

Dem Bauer Anders empfehlen wir, die Rußlandberichte seiner Kollegen zu betrachten, die ein ganz anderes Bild geben. Der Kleinbauer Franz Alex aus Lanknen, Kreis Labiau (Ostpreußen), hat dieselbe Reise gemacht und berichtete in der Presse sowie auch in zahlreichen Versammlungen seine Eindrücke in der Sowjetunion. Dieser Kleinbauer hat Hunderte, Tausende begeistert durch seine schlichten Schilderungen. Die Lügenmärchen Anders', der sich von der deutschen Bourgeoisie korrumpieren ließ, werden von allen anderen mitreisenden Kleinbauern auf das glänzendste widerlegt.

Wer Rußlandfeind ist, ist auch unser Feind — das mag sich Anders hinter die Ohren schreiben. Die Bevölkerung der Stadt und des Kreises Bunzlau fordern wir hiermit auf, den Vortrag des Rektors Felsen am 16. Januar um 20 Uhr im „Volkshaus" anzuhören, um festzustellen, wie Anders geschwindelt hat.

Schauspielhaus
Donnerstag und Freitag 8¼ Uhr
Letzte 2 Aufführungen
Frühling im Wienerwald
mit Wiens populärem Komiker
Josef Egger
Sonnab. u. tägl. 8¼ Uhr
neu einstudiert
Das Dreimäderlhaus
mit
Heinrich Pacher
von d. Volksoper in Wien
und den
anderen Wiener Gästen

Wir sind zur
Wohlfahrtspraxis
zugelassen
Dr. Brandt, Alsenstraße 50
Krasemann, Bürenstraße 12
„ Lamm, Liegnitzer Straße 22
„ Dowitzer, Frankfurter Straße 52
„ Schmerel, Friedrich-Wilhelm-Straße 10

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Sonntag, den 17. Januar, vorm. 9,30 Uhr
im Zentralballsaal, Westendstraße
General-Versammlung
der
Sterbe-Zuschußkasse „Archimedes"
Der Vorstand

Erwerbslose und Kurzarbeiter
welche die Zuweisung vorstädtischer Kleinsiedlungsstellen oder Bereitstellung von Kleingärten erlangen wollen und die Gewährung von Reichsdarlehen für Siedlungszwecke anstreben, wollen gegen Einsendung von Rm 1,50 das von der Verkehrsstelle für Siedlung wesen Berlin W 50, Marburger Straße 7 herausgegebene Kommentar zu den vom Reichskommissar publizierten Richtlinien samt aufklärenden Beilagen betreffs Anmeldung verlangen

Inserate
haben in unserer Zeitung den
besten Erfolg

Sagan
„Union" Einheitspreis Gmbh.
Vier Einheitspreise: 10 Pf. 25 Pf. 50 Pf. 1.— Mk.

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einlaßkarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Massenauflagen in Flach- und Rotationsdruck preiswert
FORTSCHRITT AG. FILIALE BRESLAU
Trebnitzer Str. 50
Telephon 484 56

1932
17
JANUAR

Großwerbetag für Partei und Presse

Der Gutsbesitzer zahlt die Nazibeiträge

Löwenberg. In dem Dorf Schmottseiffen, Kreis Löwenberg, erschienen die Nationalsozialisten bei einem Arbeiter und forderten denselben auf, an einer in Ober-Schmottseiffen stattfindenden Naziversammlung teilzunehmen. Dort angekommen, wurde er von einer Anzahl SA-Leute aufgenommen und sollte „sturmreif" gemacht werden für die Aufnahme in die NSDAP. **Als der Arbeiter erklärte, er habe kein Geld, trat ein Gutsbesitzerssohn in Tätigkeit und zahlte schnell 2 Mark Eintrittsgeld.** Der Arbeiter, der uns dies erzählte, lacht jetzt noch, wie verblüffend schnell man ohne Beitrittsgeld Nazi werden kann.

Am Tage darauf stellte der Vater des spendablen Gutsbesitzerssohnes die Zahlungen ein. Etliche Tage darauf erschien ein Korbmacher bei dem sauberen Rittergutsbesitzer und brachte ihm eine Rechnung für gelieferte Ware. Der Gutsbesitzer Carsten forderte den kleinen Händler auf, so schnell zu verschwinden wie er könne, sonst fliege er heraus. Laut Notverordnung könnte er keine Zahlung mehr leisten.

Zur Werbung von Mitgliedern gibt dieser bankrotte Gutsbesitzer das Geld in Mengen aus. Für die Bezahlung von armen Handwerkern hat er nichts übrig. Arbeiter, meidet die braune Pest und kämpft mit den Kommunisten um Freiheit und Brot.

Textilarbeiter, organisiert die Abwehr!

Löhne von 5 bis 18 Mark wöchentlich

Wüstegiersdorf. Große Empörung herrscht unter den Textilarbeitern wegen des Lohnraubes, der auf Grund der Notverordnungen vorgenommen wurde. Der letzte Lohntag hat auch den indifferentesten Textilarbeitern die Augen geöffnet, wie ungeheuerlich der Lohnabbau ist, der an ihnen vorgenommen wurde. Der hiesige Textilbetrieb arbeitet nur noch drei Tage. Die Löhne, die ausgezahlt wurden, bewegen sich zwischen 15 und 18 Mark. Die Empörung gegen die Gewerkschaftsbonzen und ihre Lakaien, die nichts unternommen haben, um diesen Lohnraub zu verhindern, ist ungeheuer. Die reformistischen Betriebsräte weigern sich, eine Belegschaftsversammlung durchzuführen, um zu dem ungeheuren Lohnabbau Stellung zu nehmen.

Mit der bloßen Empörung ist es nicht getan. Es gilt sofort, den letzten Textilproleten zu alarmieren, vorbereitende Maßnahmen zu treffen, um gegen die Verschlechterungen Sturm zu laufen. Der Kampf um Arbeit und Brot kann nicht geführt werden von den freien oder christlichen Gewerkschaften, weil sie es ja sind, die in den höchsten Spitzenorganisationen über die ungeheuerlichen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft mit beraten und ihnen zugestimmt haben. Nehmt eure Geschicke selbst in die Hand. Wählt aus eurer Mitte die tüchtigsten und besten Kollegen, ob organisiert oder nicht, in einen Kampfausschuß, der die Aufgabe hat, die Mobilisierung der gesamten Belegschaft zu einer einheitlichen Abwehrfront vorzunehmen. Die RGO., unter deren Führung der Kampf organisiert werden muß, wird euch alle weiteren Maßnahmen in einer öffentlichen Belegschaftsversammlung, die ihr selbst einberufen müßt, geben.

Rittergutsbesitzer erhält 4000 Mark für Hochwasserschäden

Nicht für einen Pfennig wurde das Gut des Junkers geschädigt — Die Ortsbehörde bestätigt — Angabe nach bestem „Wissen und Gewissen"

Waldau OL. Im vergangenen Jahre kamen die Gelder zur Auszahlung, die die Regierung für die Hochwassergeschädigten als Geschenk bewilligt hatte. Es begann nach diesem Gelde ein großes Rennen. Für die starkgeschädigten Kleinbauern gab es nichts. Da waren es die Herren Großgrundbesitzer, die diese Sachen zu meistern wußten. Es gab auch unter diesen, sogenannte Antragsteller. Größer.

Ein Rittergutsbesitzer Dr. Curt Fischer auf Cecilienhof, erlangte den „Nobelpreis" auf diesem Gebiete. Dessen Gut hatte nicht einen Pfennig Hochwasserschäden. Dieser überaus ausgefeimte Lügner hatte den Mut, einen Antrag zu stellen, aus dessen Gliederung die Endsumme von nur 4000 Mark herauskam, trotzdem auf dem Formular vermerkt war, daß diese Angaben nach „bestem Wissen und Gewissen" gemacht worden sind.

Dieser Antrag mußte natürlich durch die Ortsbehörde befürwortet werden, was auch geschah! Der Antrag wurde dem Herrn Amts- und Gemeindevorsteher vorgelegt und von ihm als „richtig" bestätigt. Man muß geradezu staunen, mit welcher Freude die Behörde umgeht, wenn es heißt, den Subventionsakademikern und Hauszinssteuerschuldnern der Gemeinde zu helfen. Du Kleinbauer, du würde man solche Dienste, von seiten der Ortsgemeinde, nicht erweisen! Wenn der Kleinbauer Steuer zahlen muß, dann wird man „hart". Da gelten keine Privilegien und Doktortitel. Der werktätige Bauer, der sich von früh bis spät abmüht, wird geschröpft. Diejenigen, die daß Geld durch alle Fenster zugetragen bekommen, nennen sich „national" und schwören auf Hitler und Hugenberg.

Kleinbauer: Du gehörst mit zu der Front der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Auch jetzt leiden hunderte Kleinbauern an Haus und Hof durch Hochwasserschäden. Macht eure Schadenersatzforderungen geltend bei Gemeinde, Kreis und Staat. Verbinde diesen Kampf mit deiner Forderung für Steuer, Pacht und Zinslasten. Wählt überall „Geschädigten-Komitees". Zeigt unbarmherzig alle die Fälle auf, wo Großgrundbesitzer und adelige Junker sich mästen an dem Gelde, was den kleinen werktätigen Bauern gehört. Die Spalten der „Arbeiter-Zeitung" stehen dir offen.

Der „sozialdenkende" Unternehmer

macht Lohnabbau nach eigenem Rezept

Neue Antreiberei und Rationalisierung angekündigt — Der reformistische Betriebsrat macht mit

Landeshut. Eine ganz raffinierte Methode der Ausbeutung seiner Arbeiter und Arbeiterinnen wendet der Schuhfabrikant und **Stadtverordnete Perauer in Firma Rosenstein u. Perauer** an. Dieser Herr, welcher als Demokrat und finanzieller Förderer des Reichsbanners an Verfassungstagen u. a. sein schwarzrotgoldenes Zeichen leuchten läßt, hat schon seit Jahren Ausbeutungsmethoden in seinem Betrieb eingeführt, die ihresgleichen suchen. Alte, im Betriebe ergraute Arbeiter wurden, weil angeblich „zu wenig leistungsfähig" entlassen, und junge Kräfte eingestellt. Ueber 16 Jahre alte Arbeiterinnen sind dieser noblen Firma schon zu alt. Wie raffiniert diese Firma die jetzige Situation ausnützt, zeigt folgendes, allen Beschäftigten zugestelltes Schreiben:

An Im Hause, Abt.

Der Schiedsspruch vom 24. Dezember 1931 gibt uns das Recht, die bisherigen Löhne um 15 Prozent abzubauen. Wir haben von dieser Senkung bei Ihnen gar keinen — nur teilweisen — Gebrauch **gemacht, da sie den bisherigen Sollverdienst nicht erreicht haben. Wir behalten uns hiermit ausdrücklich vor, durch Umstellungen, anderweitige Verwendung und andere Maßnahmen (z. B. Arbeitsvereinfachung usw.) Ihre Arbeitskraft besser auszunutzen und Ihnen dadurch andere Verdienstmöglichkeiten zu schaffen.**

Für diesen Fall behalten wir uns ausdrücklich vor, Ihre bisherigen Akkordsätze als auch Ihren Effektiv-Verdienst auf die durch den Schiedsspruch vom 24. 12. gegebenen Richtsätze festzulegen.

Landeshut, den 6. Januar 1932.

Der Betriebsrat **Willi Pitzner.** — Arbeitgeber **Rosenstein u. Perauer.**

Die „eiserne Front" der Verfassungsparteien, der Gewerkschaften und des im Reformismus versinkenden früheren radikalen Betriebsrates Pitzner zeigt sich in ihrer schandbaren Auswirkung gegen die Arbeiterschaft. Anstatt die Arbeiterschaft zur Abwehr zu formieren — schlucken Gewerkschaften und Betriebsvertretung alle Schändlichkeiten.

Der Unternehmer als Anhänger des heutigen Systems ist ein überschlauer Fuchs. Mit einer Wust schwülstiger Redensarten sucht er sich als „sozial" denkender Unternehmer vorzustellen. **In Wirklichkeit kündet dieses Schreiben größeren Lohnabbau und andere Maßnahmen an, als wie sie schon Notverordnungen diktieren. Gegen diese Vorbereitungen des Unternehmers gilt es die Belegschaft zu alarmieren.** Die Beauftragten der freien Gewerkschaften haben das „soziale Schreiben" des Unternehmers mit unterzeichnet. **Unter dieser Führung gibts keinen Kampf gegen das Unternehmerdiktat. Nehmt eure Geschicke selbst in die Hand, und bereitet vor eure Abwehrmaßnahmen unter Führung der RGO. Beruft sofort eine Belegschaftsversammlung ein, fordert einen Referenten der RGO. an, der euch die vorbereitenden Maßnahmen im Kampf gegen den Lohnabbau, unterbreiten wird.**

Ludendorff & Co., Optikergeschäft, Spezialität: Blaue Brillen

Zu der öffentlichen Versammlung des **Tannenberg-Bundes,** am 11. Januar, waren außer zirka 40 Mitgliedern, auch 16 Kommunisten und einige Sozialdemokraten und Parteilose erschienen. Der Referent (Altmann aus Kl.-Schildern) sprach 1½ Stunden für Ludendorffs Bewegung. Nur dieser Mann könne ein Groß-Deutschland, ein einiges, starkes, der Tradition entsprechendes Reich, wieder erstehen lassen. Er und seine Mannen bekämpfen das Judentum, die Kirche, den Sozialismus, die Freimaurer; aber, nur mit geistigen Waffen der Aufklärung! Auch den Nazi sagen sie „ihren Kampf" an. Wie sie es machen wollen; welche Methoden und Endziele gesetzt sind; wie man Deutschland durch sich selbst, für sich selbst aus der gegenwärtigen Krise herausführen will . . ., warum man gegen die Sowjet-Union hetzt, und auch Mussolini als „gleichen Kollektiv-Diktatur-Staat der Sowjet-Union" gegenüberstellt . . . alles das wurde nicht gesagt! Zur Aussprache meldeten sich ein proletarischer Freidenker und ein „Vertreter der Apostelgemeinde Juda" (!). Es wurde ein klares, unzweideutiges Programm über die Ziele Ludendorffs gefordert und gefragt, wie man z. B. Deutschland aus dem Elend helfen will? Eine richtige Kritik zulassende Antwort wurde nicht erteilt. Hauptsache: Ludendorff und seine Jünger sollen erst hoch kommen; dann werde man sehen, daß sie das Heil bringen.

Arbeiter und Mittelständler: nur der Klassenkampf im Sinne von Marx, Engels, Lenin kann zum Siege der Werktätigen führen! Verschwendet eure Zeit nicht an solche Apostel des „rassereinen Groß-Deutschlands". Entscheidet euch! Nur der Bolschewismus bringt allen Werktätigen ein besseres Leben! Laßt euch nicht vom notwendigen Entscheidungskampf abhalten.

Rote Wellen

gegen Rußlandhetze

Schweidnitz. Die neueste Waffe der Technik, der Rundfunk, wird vom Staate der Arbeiter und Bauern zum Nutzen des gesamten Volkes und des Weltproletariats angewandt:

Am 7. d. Mts., um 20 bis 21 Uhr, gab der Gewerkschafts-Sender u. a. einen Bericht über das „Rabuschinski-Märchen" der rußlandfeindlichen Presse. An Hand von Tatsachen wurde bewiesen, wie der Weißgardist und Großkapitalist Rabuschinski unzählige Millionen Rubel der Zarenregierung und der Interventions-Mächte verschleuderte und verpraßte. Und nachher stellten die Feinde der Sowjet-Union die Regierung dieses Landes als die Schuldigen hin!

So kämpft die bürgerliche und sozialfaschistische Pressemeute gegen den proletarischen Staat. — Radio-Hörer! Korrespondiert, fragt und diskutiert über das Gehörte der Sowjet-Sender! Richtet Hörer-Gemeinschaften ein; helft, die Wahrheit über die SU. zu verbreiten. — Adresse: Radio-Station, Palast der Arbeit, Soljanka 12. Moskau. (Postbezirk 11.) USSR. (Korrespondenz in Deutsch, Russisch, Englisch, Esperanto.)

Keine Stadt, kein Dorf, kein Betrieb ohne die „Arbeiter-Zeitung"

Konferenz der politischen Presseobleute der Kreise Striegau, Jauer, Bolkenhain in Striegau, Sonntag, den 17. Januar, vormittags 9 Uhr, im Norddeutschen Hof, Schweidnitzer Straße

Striegau, Jauer, Bolkenhain, Stanowitz, Häslicht, Peterwitz. Hohenfriedeberg, Halbendorf, Groß-Rosen, Rhonstock, Tätzdorf, Peterwitz (bei Saarau), Nieder-Streit.

Alle Ortsgruppen und Zellen haben mindestens einen politischen Presseobmann zu entsenden. Fahrgeld wird ersetzt.

Verlag der „Arbeiter-Zeitung".

Wer leben will muß kämpfen!

Die Notverordnung muß fallen, wenn ihr nicht verhungern wollt! Protestkundgebung gegen Lohnabbau und Polizeiterror

Waldenburg. [illegible] Saale sprach am 5. Januar Reichstagsabgeordneter Gen. Karl Becker über obiges Thema. An Hand von Beispielen zeigte er auf, daß auch diese Notverordnung nur [illegible] und Erleichterungen für die Besitzenden bringt. [illegible] Ereignisse in den letzten Tagen im Revier [illegible] Kapitalisten die Krise auf Kosten der [illegible].

Genosse Becker **brandmarkte die Streikbruchhetze der „Bergwacht"** und der reformistischen und christlichen **Brüning-Betriebsräte und den** Polizeiterror auf den Waldenburger Gruben. **Vor der Markenkontrolle, auf dem Grubenhof, überall war Polizei stationiert, ja sogar in den Badekauen waren Krims. Auf der Melchiorgrube hatte man sogar eine faschistische Werksmiliz, die sich aus Angestellten und Beamten rekrutierte, zusammengezogen, die mit Hilfe der Werkspolizei, Schupo und Krims, die Bergarbeiter daran hindern wollten, zu dem Lohnabbau Stellung zu nehmen. Unter Polizeiaufsicht mußten die Kumpels einfahren, die Krims erdreisteten sich sogar, Jungarbeiter vor dem Grubentore ohne Grund und Ursache zu ohrfeigen, und Bergleute die Werksurlaub oder andere Schicht hatten, aus der Badekaue hinauszuwerfen. Genau dasselbe Bild war auch in der Versammlung, nicht nur Krims und Schupo im Saale, provokatorisch hatte man noch Polizei hinter dem Bühnenvorhang aufgestellt.**

[illegible] Terror und dem kapitalistischen Niedergang [illegible] Becker den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion [illegible] Lohnabbau, Massenentlassungen, **Betriebsstillegungen,** [illegible] Mangel an Arbeitskräften, **Eröffnung und Bau** [illegible], Hebung des **kulturellen Niveaus der** [illegible]. Begeistert stimmten ihm die Versammelten [illegible] revolutionären Ausweg aus dieser Krise, aus [illegible] Elend aufzeigte, daß nur die kämpfende Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei die Kapitalsdiktatur beseitigen wird. Daß immer größere Kreise der Waldenburger Arbeiterschaft gewillt sind, diesen Weg des Kampfes zu gehen, beweist die einstimmige Annahme nachfolgender Resolution:

Protestresolution!

Die am 5. Januar **stattgefundene Massenkundgebung gegen Lohnabbau und Polizeiterror protestiert auf daß Schärfste gegen die vierte Notverordnung, welche einen Lohn- und Gehaltsabbau von 10 bis 15 Prozent vorsieht. Die Durchführung dieses Lohn- und Gehaltsabbaues bedeutet die noch größere Verelendung der werktätigen Bevölkerung und den damit verbundenen Ruin des gewerblichen Mittelstandes. Die sogenannte Miets- und Preissenkung erweist sich als ein ungeheurer Betrug an den werktätigen Massen. Während für die Luxusartikel der Bourgeoisie die Preise gesenkt wurden, wurden die Preise für Milch, Brot und Zucker erhöht. Die Mietssenkung ist weiter nichts als ein Geschenk an die Hausagrarier. Die Versammlung protestiert auf daß Schärfste gegen den ungeheuren Verrat und Streikbruch der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsbürokratie, die durch ihre Tolerierung der Brüning-Regierung ermöglichte, den ungeheuren Verschlechterungen an die werktätigen Massen durchzuführen und die unerhörten und brutalen Methoden der Niederhaltung der Arbeiterklasse, insbesondere gegenüber der Führerin des Proletariats, der Kommunistischen Partei, und gelobt alles daran zu setzen, um den Kampf in allen Betrieben und Schächten zu organisieren, für die Beseitigung der Notverordnung mit ihrem Lohn- und Gehaltsabbau, die geplante Vernichtung der Sozialversicherung, Beseitigung jeder Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber der werktätigen Bevölkerung und ihrer Führerin der Kommunistischen Partei. Die Versammelten geloben, unter Führung der KPD. den Kampf zu organisieren und aufzunehmen gegen die Kapitalsdiktatur, für ein freies, sozialistisches Deutschland.**

Ich kann meine Kinder nicht verhungern sehen

Glogau. Am Freitag, dem 8. Januar, kam ein Erwerbsloser vom Lande in die Stadt, um seine Unterstützungsangelegenheiten zu regeln. Er wurde mit seiner Frau und zwei Kindern von der Behörde von einer Ecke zur anderen geschickt, ohne etwas zu erreichen. In seiner Verzweiflung warf er sich mit dem Rufe: „Ich kann meine Kinder nicht verhungern sehen!" mit einem Kinde im Arm vor ein herankommendes Auto. Dem Fahrer war es möglich, den Wagen zum Halten bringen.

Als sich die Arbeiter mit dem Unglücklichen unterhielten, erfuhr man, daß der Erwerbslose schon sieben Wochen ohne jegliche Unterstützung war. Die Polizei nahm den Arbeiter mit seiner Familie in Schutzhaft.

Elend und Hunger wüten in den Proletarierfamilien. Verzweiflung und Not treiben die Proleten zum Selbstmord. Das ist der falsche Weg. Die Armee der Hungernden und Ausgebeuteten muß sich **unter Führung der KPD.** zu einer roten Einheitsfront ballen, **an der der Kapitalismus erstickt.**

„Falsch aufgefaßt"

Görlitz. Der Kaufmann Josef Werner, Görlitz-Moys, teilt uns auf Grund unseres Artikels vom 6. d. Mts. mit, daß seine Aeußerungen, die er gemacht haben soll, nicht gefallen **oder falsch aufgefaßt worden** sind.

Er ist sich durchaus darüber klar, daß er mit der Arbeiterschaft gemeinsame Interessen hat, er wäre „politisch vollkommen neutral", und irgend eine Arbeiterfeindlichkeit läge ihm, der selbst 12 Jahre Angestellter war, vollkommen fern.

Wir nehmen Kenntnis von dieser Erklärung des Herrn Werner und sagen aber ihm und allen anderen werktätigen Mittelständlern, daß politische Neutralität nicht genügt, um ein weiteres Steigen des Elends und der Not unter den Werktätigen und Mittelständlern zu verhindern. Im Bündnis mit der revolutionären Arbeiterschaft, muß jeder denkende Mittelständler den Kampf des Proletariats unterstützen.

„Jede Scheune gilt als Ersatzraum"

Riesky. Der hiesige SPD.-Bürgermeister Kienke schikaniert die Wohlfahrtsempfänger nach Herzenslust. Ein Arbeiter, dem eine Unterstützung verweigert wurde, versuchte sich durch einen kleinen Handel einen Nebenverdienst zu verschaffen. Dieser Handel brachte aber nicht so viel ein, um die fällige Miete zu bezahlen. Um einer Exmittierung aus dem Wege zu gehen, versuchte er auf jede Art und Weise, die schuldige Miete zu begleichen. Die Exmittierung kam trotzdem. Als der Exmittierte bei dem SPD.-Bürgermeister wegen einer Wohnung vorstellig wurde, erklärte man ihm, daß er kein Anrecht habe auf eine Wohnung und jede Scheune annehmen muß, die man ihm zur Unterkunft anweist. **Durch diese Exmittierung mußte der exmittierte Arbeiter seinen Handel einstellen und Wohlfahrtsunterstützung beantragen.** Ohne Angabe der Gründe wurde dieser Antrag abgelehnt. Auf persönliche Vorstellung und nach langem Verhandeln war es erst möglich, eine monatliche Unterstützung von 37,80 Mark für die vierköpfige Familie zu erhalten. Da diese Summe gänzlich ungenügend war, erhob der Wohlfahrtsempfänger Einspruch beim Fürsorgeausschuß. Dieser Ausschuß, in der Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehend, lehnte den Anspruch ab. [illegible] und der wurde dann ein Zuschuß zur Miete in [illegible] 12,20 Mark gezahlt. Als Winterhilfe erhielt der Arbeiter [illegible] Schuhe.

Wo die SPD. irgendeine Funktion, die [illegible] herrscht, gebärdet sie sich in derselben Linie wie alle [illegible] teien. Kampf gegen diese „Arbeiterpartei" [illegible] klassenbewußten Arbeiterschaft.

Abrechnung mit allen Volksfeinden

Neumarkt. Heute, Freitag, den 22. Januar, öffentliche Volksversammlung, abends 8 Uhr, im Saale „Zum Kronprinzen". Alle Werktätigen von Neumarkt und Umgegend sind hierzu eingeladen!

Zur Beachtung!

Bolkenhain. Der Genosse Hiller, Bolkenhain, muß sich einer Operation unterziehen, und ersuchen die Genossen, denselben auf einige Zeit als Referenten nicht anzufordern. Nach seiner Genesung geben wir sofort Nachricht. Unser Genosse wird sich dann selbstverständlich wieder zur Verfügung stellen.

Das „Rote Sprachrohr" war schuld

Weißstein. Nach Erscheinen des ersten „Sprachrohr" in Weißstein wurde der Hauptkassierer Werner vom BAV. von der Polizei wegen Unterschlagung verhaftet. Die Bezirksleitung des BAV. hatte aus bestimmten Gründen an einer früheren Verhaftung kein Interesse. Werner war nämlich Bezirksrevisor und wußte als solcher mehr, als denen von der Auenstraße lieb war. Deshalb die besten Zeugnisse, damit nicht eine unangenehme Sache aufgedeckt wurde.

BAV.-Kollegen! Eure schwer verdienten Groschen werden von solchen Menschen unterschlagen und eure „Führer" decken diese verwerfliche Handlungsweise. Reihe dich ein im roten Einheitsverband der Bergarbeiter.

Die „Ehre" eines Renegaten

Altwasser. Am Mittwoch, den 6. Januar wurde der Genosse Malzer vom Einzelrichter (Amtsrichter Rentwig) wegen „Beleidigung" zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die ganze Art und Weise, wie man diese Angelegenheit behandelt hat, zeigte klar und deutlich, daß man an der KPD. bzw. an einem kommunistischen Funktionär ein Exempel statuieren wollte. Der Sachverhalt ist kurz folgender: **Im „Waldenburger Echo" erschien ein Artikel, der sich mit dem Betriebsratsvorsitzenden der städtischen Betriebe beschäftigte. Diesem Betriebsratsvorsitzenden Kintscher, der Mitglied der SPD. ist, wurde in diesem Artikel vorgeworfen, daß er ohne Wissen der Belegschaft einer Ziegelei über die Löhne und Arbeitsbedingungen dieser Arbeiter verhandelt habe. Die Belegschaft wurde vor vollendete Tatsachen gestellt und mußte den Lohnabbau schlucken.**

Weiter wurde dem Kintscher vorgehalten, daß er Arbeiter denunziert habe und sich an Fressereien, die von der Stadt veranstaltet wurden, teilgenommen habe. In der Verhandlung wurden diese Tatsachen durch Zeugenaussagen bewiesen. Der Richter war sichtlich bemüht, Material über die kommunistische Bewegung zu sammeln und versuchte, durch ungeheueres Brüllen die Zeugen einzuschüchtern und Geständnisse zu erzwingen. Der sozialdemokratische Rechtsanwalt Georg Cohn, wollte den in dieser Richtung arbeitenden Richter in jeder Beziehung übertreffen, was ihm auch gelungen ist. Er bezichtigte dort die Genossen Thomas und Bittner, daß sie die Zeitungen und die darin enthaltenen Zeichnungen machten und rühmte sich, daß er den Staatsanwalt schon darauf aufmerksam gemacht habe. In einer Verhandlung, die früher stattfand, erlaubte sich dieser Rechtsanwalt die Bemerkung, der Gen. Malzer solle sich dort hinbegeben, wo eigentlich alle Kommunisten hingehören, nach Rußland. Der Gen. Malzer stellte im Verlaufe der Verhandlung auf, daß hier nicht über die [illegible] der Beleidigung verhandelt worden sei, sondern daß [illegible] darauf zugeschnitten war, der MPT. bezw. [illegible] auszuweichen. Ueber dieses Urteil ist noch [illegible] das letzte Wort gesprochen. **Die ganze Verhandlung war eine einzige Katastrophe für Kintscher, den Rechtsanwalt Cohn und die SPD.**

Strehlen. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne E. V. feiert am Sonnabend, den 16. Januar im Wintergarten ihr fünfjähriges Bestehen. 1. Teil des Programms: Theater („Verfluchter Segen" in 8 Aufzügen). 2. Teil: Tanz. Hierzu ladet freundlichst ein der Vorstand. Kassenöffnung 7 Uhr. Beginn 8 Uhr.

Berichtigung

Zu der Notiz unter Rothenbach in Nr. 3 ihrer Zeitung betreffend: „Er soll froh sein, daß er überhaupt was kriegt," beantrage ich nach § 11 des Pressegesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung:

Die vom dem Erwerbslosen Josef Klein gemachten Angaben entsprechen nicht der Wahrheit. Demselben ist bei Stellung seines Antrages am 22. 12. 1931 eröffnet worden, daß über seinen Antrag erst entschieden werden kann, wenn die für die Berechnung der Unterstützung erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden, was Klein bis heute noch nicht getan hat. Trotz des Ausbleibens der Unterlagen hat Klein einen Vorschuß erhalten. Die Verzögerung der Festsetzung liegt nur allein an dem Antragsteller. Unwahr ist auch, daß der Gemeindesekretär Pollak mich in meiner Wohnung aufsuchen mußte, vielmehr bin ich wie jeder andere Beamte die ganze Dienstzeit in meinem Amtszimmer anwesend gewesen. Ebenso übertrieben sind die Angaben über mein Jahreseinkommen.

Wir müssen auf Grund des berühmten Paragraphen diese „Berichtigung" bringen. Jetzt hat der Arbeiterkorrespondent das Wort.

Circus Busch

Nur noch bis Freitag, den 15. bleibt das sensationelle Eröffnungs-Programm zu sehen und zu hören. Ab Sonnabend, den 16. Januar, haben Sie zweimal, 4¼ Uhr und 8¼ Uhr, Gelegenheit, das alte Programm zu sehen und zu hören. Ab Sonnabend, den 16. Januar wird ein vollständig neues Programm geboten.

Proletkon

Gabitzstraße 20-22
Höfchenstraße 49

Ab Freitag, 15. bis Donnerstag, 21. Januar

Opernredoute

(Frauen in Gefahr). Ein Filmlustspiel vom Wiener Fasching, mit Liane Haid in ihrer bezaubernden Anmut, dem Schnellsprecher Alexander, dem charmanten Petrovich, Otto Wallburg und Ludwig Stössel in ihrer übersprudelnden Lustigkeit

Im Beiprogramm: **Die Unzertrennlichen Sonnige Kindertage. Neue Tonwochenschau**

Auf der Bühne: **3 Bredini** Komische Blitzakrobaten. — Jugend verboten

Sonntag, den 17. Januar, ½3 Uhr, große

Kindervorstellung

Charlie Chaplin: Abenteuer und das große Tonbeiprogramm mit Bühnenschau Kinder 20-30 Pf.

Eintrittspreise ab 60 Pf. bis 1.50 Mk., Erwerbslose an den Wochentagen 50 Prozent Ermäßigung

Arbeiter-Sportkartell

Ton-Kino Gewerkschaftshaus Lichtspiele Margaretenstr. 17

Ab Freitag, den 15. Januar 1932, täglich ab 4.30 Uhr, letzte Vorstellung 8,30 Uhr:

Die Privatsekretärin

Ein Tonfilm mit **Renate Müller.** Klasse für sich Dazu die **Emelka-Tonwoche** und das reichhaltige **Beiprogramm**

Achtung! Am Montag, den 18. findet **keine Kinovorstellung** statt

Am Sonntag, den 17. Januar, nachmittags 2,30 Uhr:

Kindervorstellung

Der fliegende Teufel Zirkus Bluf & Schwindel

und das große Beiprogramm — Eintritt 20 Pfg.

Voranzeige: Ab Freitag, den 22. Januar, täglich

Der Weg ins Leben

einer der größten Russenfilme, die gedreht wurden

Billigste Eintrittspreise. Erwerbslose zu allen Vorstellungen Ermäßigung.

Schauspielhaus

Freitag, 8¼ Uhr
Letzte Aufführung

Frühling im Wienerwald

mit Wiens populärem Komiker

Josef Egger

Sonnab. u. tägl. 8¼ Uhr neu einstudiert

Das Dreimäderlhaus

mit **Heinrich Pacher** von d. Volksoper in Wien und den anderen Wiener Gästen

Volksfürsorge

Gewerkschaftlich genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft, Hamburg 5

Größte Volksversicherungsgesellschaft Deutschlands T. 5102

Versicherungsleistungen von **12 Millionen Mk.** seit November 23 (Ende der Inflation)

Gegenwärtig rund 2,2 Millionen Versicherte mit 900 Millionen RM. Versicherungssumme' 150 Millionen RM. Vermögen, davon Eigentum der Versicherten: über 100 Millionen RM. Prämienreserve, über 32 Millionen RM. Gewinnanteile, zusammen über 132 Millionen RM.

Nähere Auskunft erteilen: die Gewerkschaften, die Vertrauensleute der Volksfürsorge und die Rechnungsstelle Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 30-33, oder der Vorstand der Volksfürsorge, Hamburg 5.

Max Schönfelder

Feinkost- und Lebensmittel-Großhandlung, Breslau 1, Albrechtstraße 56.

Heute bringe ich wieder eine Menge lebenswichtiger Bedarfsartikel zu ganz billigen Preisen heraus, beispielsweise in:

Wurstwaren

Leberwurst mit Fettstücken	das Pfd.	0,60
Guts-Preßwurst, Spezialität	das Pfd.	0.60
Cervelatwurst II in Rindsdarm	das Pfd.	0,90
Pommersche Mettwurst in Ringen	das Pfd.	0.95
Pommersche Teewurst, Ia Qualität	das Pfd.	1.20
Pommersche Salamiwurst in Ringen, Ia	das Pfd.	1,38

Wiener Würstchen, prima Qualität, 7 Paar 50 Pfg., 3½ Paar 25 Pfg.

Saftschinken, in ganz auserlesener Qualität ¼ Pfund nur 33 Pfennig.

Ferner:

Ziegenkäse, würzig und wohlschmeckend	das Pfd.	0.28
Frühbundzwiebeln	3 Stück	0.25
Weiß-Käse Ia. (Quarg)	das Pfd.	0.19
Edamer Käse, zart und saftig ¼ Pfd. 0.15, ½ Pfd.		0.29
1 Pfd.		0.57
Schweizer Käse, großgelocht, fein mild und saftig ¼ Pfd. 0.36, ½ Pfd. 0,68, 1 Pfd.		1,35

Riesenzufuhr von Sprotten und Bücklingen.

Ich biete an:

Sprotten, Goldräucherung, delikat schmeckend, **das** Pfund nur 0.32, 1 Pfd. Kistchen brutto ebenfalls 0.32.
Makrelen-Bücklinge, besond. zartfleischig, das Pfd. 0.25

Großer Preisabschlag für Molkerei-Tafelbutter.

Heinrichauer Molkerei-Tafelbutter das Pfund heute nur 1.22
Margarine, nur fabrikfrische Ware. das Pfd. 0,33, 0.40, 0.50, 0.65, 0.65 usw.

u. a. m.

Versand über ganz Deutschland.

NB. Soeben empfange ich **1 Waggon** Ia Schnittbohnen und stelle dieselben zum ganz billigen Verkauf **die ein Kilogramm-Dose nur 0.39.**

Mein liebes Kind!

Im neuen Jahr kaufst Du nur noch **Edeka-Roggenbrot,** denn nicht der Preis macht es, sondern die Qualität

Das bekommst Du **nur** im Edeka-Geschäft

National-Theater Freiburg

Vom 15. bis 21. Januar 1932:

Vorführung von

Im Westen nichts Neues

Der größte Tonfilm des Weltkrieges

Für Erwerbsl. Sondervorführungen am Freitag, den 15., und Dienstag, den 19. Januar 1932, nachmittags 3 Uhr

Arbeit.-Bildungsausschuß Freiburg

August Mix

Fleisch- und Wurstwaren

Breslau, Gräbschener Straße 35
Neue Graupenstraße 8

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne E.V. Strehlen

feiert am Sonnabend, den 16. Januar im Wintergarten ihr

5jähriges Bestehen

1. Teil: **Theater**
Verfluchter Segen
in 8 Aufzügen

2. Teil: **Tanz**

Kassenöffnung 7 Uhr Beginn 8 Uhr

Hierzu ladet freundlichst ein

Der Vorstand

Beachtet unsere Inserenten!

Ein Inserat

in unserer Zeitung hat stets

guten Erfolg

Frankreich berät neue Sanktionen

Ein Vorschlag zur vollkommenen Verpfändung der Deutschen Reichsbahn an die Tributmächte

Die gesamte französische Presse ist heute auf den Ton gestimmt, den die „Liberté" gestern mit ihrem Ausruf „Die Stunde der Repressalien hat geschlagen" angegeben hat. Die Blätter begrüßen den Beschluß der Bank von Frankreich, ihren Anteil am 100-Millionen-Dollarkredit für Deutschland nicht zu verlängern und fordern weitere Kreditdrosselung unter dem Schlagwort „Sanktionen des Kredits".

Viel diskutiert wird ein Vorschlag, der nach einer Havasmeldung bei den letzten englisch-französischen Verhandlungen aufgetaucht ist. Dieser Plan soll ein zweijähriges Moratorium für den geschützten Teil der deutschen Reparationszahlungen vorsehen. Der ungeschützte Teil der Zahlungen soll durch Schuldverschreibungen der deutschen Reichsbahn gezahlt werden, also die Reichsbahn vollkommen den Tributträubern ausliefern.

Der Beschluß der BIZ. in der Frage der Verlängerung des 100-Millionen-Dollar-Kredits der Reichsbank veranlaßt den „Temps" zu der Bemerkung, daß die internationale Oeffentlichkeit und insbesondere diejenige Frankreichs es niemals verstehen würde, wenn man diesen Kredit verlängern wollte, ohne klare politische Bedingungen zu stellen. Eine Verlängerung des Kredits über vier Wochen hinaus würde im Augenblick eine wahre Gefahr bedeuten. Was die Tribute anlange, so müsse man sich besonders in England über die ungeheuren Vorteile klar werden, die Deutschland im Falle der Einstellung der Tributzahlungen erzielen würde, und die es ihm erlauben würden, eine wirtschaftliche Vormachtstellung in der ganzen Welt einzunehmen.

★

Der „Petit Parisien" schreibt zum Entschluß Hitlers und Hugenbergs, daß die heutige aus technischen Gründen vorgenommene Ablehnung die Zukunft vollkommen offenlasse und die Möglichkeit neuer Verhandlungen nicht ausschließe.

Einmarsch Japans in die Provinz Jehol

Weiterer Vormarsch auf Peking — Lügennachrichten zur Verkuschung der Raubzüge

Mukden, 13. Januar. Ueber 3000 Mann der japanischen Truppen haben den Befehl erhalten, auf dem Vormarsch nach Peking in die Provinz Jehol einzumarschieren und die Hauptstadt Tschöngtö zu besetzen. Mit diesem Schritt wolle die japanische Regierung militärische Maßnahmen an der Eisenbahnlinie Tientsin—Peking vermeiden, die sich bekanntlich unter englischer Kontrolle befindet. Die japanischen Truppen werden von vier Flugzeuggeschwadern, die aus Jagd- und schweren Bombenflugzeugen bestehen, begleitet.

Um die Weltmeinung zu beeinflussen, verbreitet das japanische Oberkommando Meldungen über „Angriffe chinesischer Banditen" auf japanische Truppen in fast allen Bezirken.

Mandschurei „kommunistisch verseucht"

Tokio, 13. Januar. Der ehemalige japanische Kriegsminister Minami, der nach der Mandschurei gereist war, um dort die politische Lage zu studieren, sprach sich nach seiner Rückkehr nach Tokio sehr besorgt über die Stimmung der chinesischen Bevölkerung und auch eines großen Teiles der japanischen Truppen aus. Die ganze Mandschurei sei „kommunistisch verseucht". Vor Pressevertretern stellte er sich auf den Standpunkt, daß die japanischen Truppen in der Mandschurei bleiben müßten, denn „ihr Abzug würde einer kommunistischen Revolution alle Möglichkeiten geben".

Aus diesem Bericht geht hervor, mit welchem beispiellosen Heldenmut die chinesischen und japanischen Kommunisten an der Spitze der Arbeiter- und Soldatenmassen den revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Raubzug führen. Die deutschen Arbeiter helfen ihren asiatischen Brüdern am besten durch den Kampf gegen ihre eigene Bourgeoisie.

Sozialistische Arbeit im Zeichen der Lenin-Tage

Moskau, 14. Januar. Die LPP.-Kampagne, die Vorbereitungen zu den Leninfagen stehen in der Sowjetunion in engstem Zusammenhang mit der Rüstung zur 17. Parteikonferenz der Kommunistischen Partei am 30. Januar. Die Arbeiter führen im Zeichen der Leninfage die Aufgaben des letzten Jahres des Fünfjahrplans in gesteigertem Tempo durch.

In Leningrad haben die Arbeiter eine Kampagne zur Rationalisierung in Angriff genommen. Im Vordergrund stehen Kampfmethoden zur Beherrschung der Technik durch das Proletariat. In dieser Kampagne werden die Formen der Produktionsberatungen überprüft und neu gestaltet. Besondere Besprechungen in den Betrieben und einzelnen Abteilungen befassen sich mit der Frage, wie sich die Arbeiter zur Arbeit im sozialistischen Betrieb verhalten müssen, welche Errungenschaften der sozialistische Wettbewerb in den einzelnen Betrieben gebracht hat. In den Betrieben erhalten diejenigen Arbeiter besondere Ehrungen, die Lenins Anweisungen über die kommunistische Einstellung zur Arbeit in den sozialistischen Betrieben am besten erfüllt haben.

Hunger und Not im „Dritten Reich"

Das „Berliner Tageblatt" vom 12. Januar veröffentlicht einen Artikel von Günther Stein über die Lage in Italien. Günther Stein schreibt diesen Artikel auf Grund persönlicher Erfahrungen und Beobachtungen. Der Artikel macht einen erschütternden Eindruck. Wir wollen hier einige Zahlen anführen:

Das Durchschnittseinkommen eines beschäftigten Arbeiters beläuft sich auf 73 Mark im Monat, wobei die Preise aller Bedarfsgegenstände weit höher sind als in Deutschland. Nur ein Drittel aller Arbeitslosen, die sogenannten Bevorzugten, sind in der „glücklichen Lage", eine Arbeitslosenunterstützung in Höhe von 27 bis maximum 81 Pf. pro Tag zu erhalten. Ein Landarbeiter von 24 bis 32 Reichspfennig pro Tag, eine Landarbeiterin von 13 bis 20 Pf. Ein Staatsbeamter erhält einen Lohn von 1275 Reichsmark im Jahr, ein höherer Beamter 2300 Mark. Viel schlimmer dran sind die Angehörigen der sogenannten freien Berufe. Die Proletarisierung unter ihnen — so heißt es wörtlich — ist die gleiche wie in Deutschland.

Diese paar trockenen Zahlen wirken erschütternd. Sie zeigen, wie es in Wirklichkeit in dem von den Nazis erstrebten „dritten Reich" aussieht: Eine Verelendung, die die gesamte Arbeiterklasse, den Mittelstand und die sogenannten freien Berufe, kurz das gesamte werktätige Volk umfaßt. Denn — wie Günther Stein selbst bemerkt — der Faschismus kann sich den kapitalistischen Gesetzen nicht entziehen. Die Behauptung der Nazis, daß das „Dritte Reich" die Krise überwinden werde, ist ein plumper Schwindel.

Bildfälschungen im Kampf gegen Ruegg

Den „Nachrichten" entnehmen wir folgende aufsehenerregende Mitteilung:

Um die Protestbewegung, die sich in der gesamten Arbeiterschaft der Welt gegen die chinesischen Behörden wegen der Verhaftung und der geplanten Ermordung des Gewerkschaftsführers Ruegg und seiner Frau erhoben hat, zu parallelisieren, haben sich die chinesischen Behörden eine ungeheuerliche Fälschung geleistet. Sie haben angeblich in der Heimat Rueggs Erhebungen anstellen lassen und sich Bilder verschafft, die beweisen sollen, daß der sich in ihrer Haft befindliche Ruegg mit dem Schweizer Bürger Ruegg nicht identisch sei. Die Mutter Rueggs stellt entschieden in Abrede, an fremde Personen Photographien ihres Sohnes ausgehändigt zu haben. Die Bilder, deren sich die chinesischen Behörden bedienen, stellen eine plumpe Fälschung dar, mit dem Zweck, den Mord an Ruegg und Frau durchzuführen.

Belagerungszustand und Kommunistenmorde in Rumänien

Bukarest, 14. Januar. Die Ermordung der sechs jugendlichen Kommunisten in dem bessarabischen Städtchen Soroka hat im ganzen Lande ungeheure Empörung ausgelöst. Die Lage in ganz Rumänien ist äußerst zugespitzt, über ganz Bessarabien wurde der Belagerungszustand verhängt. Die Sigurranza versucht die Sache so darzustellen, als wären die sechs Jugendlichen beim Versuch, die Grenze gegen die Sowjetunion zu überschreiten, erschossen worden. Um welch groben Schindel es sich da handelt, geht schon daraus hervor, daß die sechs Jugendlichen gar nicht an der Grenze, sondern im Zentrum des Städtchens ermordet worden sind.

Im ganzen Lande sind Lohnkämpfe und Bauernunruhen im Gange. Die Ermordung dieser sechs Jugendlichen ist mit eine der Methoden der Sigurranza, die aktivsten Elemente der proletarischen Jugend aus dem Wege zu räumen. Die Erregung über diesen bestialischen Mord ist eine ungeheure. In allen Provinzen Rumäniens wüten Gendarmerie und Sigurranza in noch schärferem Maße als bisher.

Neues Kabinett Laval

Paris, 14. Januar. Laval hat von neuem die Regierung gebildet. Das Außenministerium übernimmt er selbst. Zum Kriegsminister wurde Tardieu ernannt.

Lavals Versuch, seine Regierungsbasis zu verbreitern, ist gescheitert; dies aus dem Grunde, weil man kurz vor den Wahlen steht und die Sozialdemokraten und Radikalsozialen, die die Politik Lavals mitmachen, sich nicht kurz vor den Wahlen mit einer Beteiligung an der Regierung belasten wollten.

Jedenfalls hat Laval durch seine Regierungsumbildung Briand ausgeschifft und auch die Ernennung Tardieus zum Kriegsminister bedeutet in jeder Hinsicht eine Verschärfung des imperialistisch-nationalistischen Kurses.

Dieses neue Kabinett Lavals ist als ein Uebergangskabinett für eine Regierung der „nationalen Konzentration" anzusehen.

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

31. Fortsetzung

Schumann antwortete nicht auf die erneuten Vergleiche. Es gibt noch eine andere Art, Proleten zur Verzweiflung zu bringen.

Das ist die, dauernd von „Volk", „Wiederaufbau unserer Wirtschaft", „Unvernunft der Wirtschaftsführer", „Egoismus bestimmter Volkskreise" usw. zu reden. Dann berichtete er, wie er sich im Schweiße seines Angesichts abmühte, den egoistischen Kapitalisten bei den Verhandlungen den Egoismus aus dem Leib zu reden. Das hören sich die Proleten wohl eine Zeitlang mit an, aber sie verstehen diese Sprache nicht! Ein neuer Sturm setzte ein.

„Du willst uns wohl zum Narren halten?" —

„Du denkst wohl, Du bist in einem Kriegerverein?"

Schumann staunte wie ein Kind, das den Blasebalg einer Ziehharmonika aufschneidet und den Mann nicht findet, der die Musik macht. Dann sagte er: „Tja, Kollegen! Wenn ihr das nicht hören wollt, dann weiß ich überhaupt nicht, was ich hier soll."

Zwischenrufe, Lachen, vereinzelte Proteste: „Laßt ihn doch ausreden!"

Ermahnungen: „Bewahrt Ruhe, Kollegen, wir werden nachher sagen, was notwendig ist."

Schumann tuschelt mit dem Betriebsrat, tritt dann wieder vor den Tisch und beginnt wieder:

„Ich weiß wahrhaftig nicht, was hier gespielt wird, Kollegen — — — ?"

„Dir haben sie ja ins Gehirn geschissen — — — "

Die überfüllte Versammlung tobt für und gegen den Zwischenrufer. Dazwischen schallendes Gelächter und die Klingel des Betriebsrats, der die Brandung zu bannen sucht. Einige verlassen schimpfend die Versammlung.

„Hierbleiben, Kollegen. Hierbleiben!"

Wacker stand wieder auf einem Tisch. „Ruhe! Ruhe!!" schreien andere im Sprechchor. Wacker kann reden. Die Proleten erwarten, daß er spricht. Er sieht wieder Schumann an, als er laut fragt:

„Habt ihr mit der Direktion verhandelt? Ja oder nein."

„Natürlich", antwortet Schumann erstaunt. „Ich will ja — — — "

„Hat die Direktion bewilligt? — Ja oder nein!?"

Schumann besinnt sich, doch nun gibt es kein Ausweichen mehr. „Raus mit der Sprache!" rufen ein Dutzend zu gleicher Zeit.

„Die Direktion erklärt, sie könne sich, ohne mit dem „Verein der Berliner Metallindustriellen" eine Verständigung herbeigeführt zu haben, in keiner Weise binden. Die Teuerungszulage lehnt sie nicht nur in der geforderten Höhe von tausend Mark, sondern überhaupt, aus prinzipiellen Gründen, ab."

„Und was sagen die Gewerkschaften dazu?"

Schumann stutzt. Doch dann scheint er entschlossen, dem Frage- und Antwortspiel ein Ende zu machen. Er sagte laut und kalt:

„Die Gewerkschaften lehnen jede Verantwortung für zersplitterte Aktionen ab. Durch Streiks wird die Arbeiterschaft nicht satt. Das Wirtschaftsleben liegt danieder. — — — — "

„Runter mit Dir! Runter!! — Ruuunterrr!" Du Kapitalsknecht!"

Der Betriebsrat schließt die Versammlung, doch da springt Wacker auf die Bühne. Andere nahmen am Tisch auf der Bühne Platz.

„Hierbleiben! Alles hierbleiben!!"

„Keine zersplitterten Aktionen!" Die Hochbahner, die Elektrizitätsarbeiter wurden abgewürgt, weil sie keine Hilfe bekamen. Jetzt sollen wir abgewürgt werden. So zersplittern die Gewerkschaften die Aktion, weil sie keinen Kampf wollen! Das deutsche Proletariat schleppt nur noch seiner Kadaver in die Fabrik! Irgendwo muß der Anfang gemacht werden."

„Sehr richtig!"

„Keinen Knochen rücken die Hunde raus, wenn wir [illegible] nicht die Klocken vor die Füße werfen!" —

Wacker sprach kurz und abgehackt, als rede er sich eine Last von seinem Herzen. Es gab keinen Widerstand mehr.

*

Albert war nicht fähig, das alles zu überdenken. Das brach los, wie eine Sturzflut. Da gab es keine Macht, der widerstehen konnte.

Am anderen Morgen berichtete die Streikleitung, daß sie mit den Arbeitern des Werkes Seestraße Fühlung genommen hätte.

Am vierten Tag mußte die Streikleitung berichten, daß die Mehrzahl der Arbeiter in der Seestraße gegen den Streik gestimmt hätten. Ein Flugblatt der Gewerkschaften hätte vor „verantwortungslosen Elementen" gewarnt und zur „Besonnenheit" aufgerufen. Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wäre es im Verein mit der Regierung gelungen, den Kurs der Mark um ein Beträchtliches zu heben. Weitere Verhandlungen, die Maßnahmen gegen die Teuerung betreffen, würden folgen. Neue Erschütterungen untergraben jedoch das Vertrauen in die deutsche Währung. Das Flugblatt schloß: „Haltet Disziplin! Denkt an Eure Zukunft! Zeigt Euch würdig der großen, historischen Aufgabe, vor die Ihr durch die Geschichte gestellt seid!"

Einzelne Abteilungen arbeiteten bereits wieder, wenn auch schwach besetzt. Das tägliche Brot fehlte; ein Zahltag war bereits „blind". Die Aussicht auf wochenlangen Streik ließ keine Begeisterung mehr aufkommen. Die schlecht besuchte Betriebsversammlung beschloß, am andern Tag eine weitere Versammlung einzuberufen, um Beschlüsse zu fassen.

Am selben Abend ließ die Firma bekanntmachen, daß alle, die nicht am darauffolgenden Morgen die Arbeit aufnehmen würden, entlassen seien. Das wirkte. Als Albert um neun Uhr vor das Tor kam, standen dort Hunderte von Arbeitern, die die Nachricht zu spät erhalten hatten, oder die Arbeiter noch zur Betriebsversammlung leiten wollten. Die Portiers verweigerten den Einlaß.

Einige schlichen beschämt durch die Belagerer, zeigten den Portiers Briefe der Meister. Es waren die „Zuverlässigen". Sie konnten passieren.

„Diese Schmarotzer!"

„Feiges Pack!"

„Wir sind genau so feige. Warum stehen wir denn hier?" sagte ein anderer. „Die beiden Bullen? Wenn wir anrücken, sind sie fort wie der Wind?"

Er sprach aus, was viele dachten.

Als sich die Tore öffneten, um einen Lastwagen durchzulassen, gab es kein Halten mehr. Ein Portier stellte sich in den Weg und flog wie eine Vogelscheuche zur Seite.

„Wo kommen Sie denn jetzt her?" fragte Stempel.

„Ich kam von Lichtenberg", antwortete Albert. „Wollte sehen, wie es mit dem Streik steht. Da das Tor offen stand, bin ich mit anderen hindurchgegangen.

(Fortsetzung folgt)